



Baden-Badener Pensionskasse VVaG

Jahresabschluss per 31.12.2022
und Lagebericht 2022

Baden-Badener Pensionskasse VVaG

Inhaltsverzeichnis

Lagebericht.....	2
Rahmenbedingungen.....	2
Allgemeines Geschäftsumfeld.....	2
Offenlegungsverordnung.....	3
Geschäftsverlauf	3
Ertragslage.....	5
Finanzlage.....	6
Vermögenslage	7
Risikobericht	11
Chancenbericht	17
Prognosebericht	18
Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen.....	21
Bilanz.....	22
Aktiva	22
Passiva	23
Gewinn- und Verlustrechnung.....	23
Anhang	25
Allgemeine Erläuterungen	25
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	25
Erläuterungen zur Bilanz	28
Aktivseite	28
Passivseite	32
Entwicklung der Aktivposten A und B im Geschäftsjahr 2022	35
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	36
Sonstige Angaben.....	37
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	40
Bericht des Aufsichtsrats	45

Lagebericht

Rahmenbedingungen

Die Baden-Badener Pensionskasse VVaG (im Folgenden auch bbp genannt) wurde am 02.12.1997 mit Unterzeichnung der Satzung vereinsrechtlich gegründet. Mit Datum vom 04.06.1998 wurde vom damaligen Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen – heute Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) – die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb erteilt.

Die Kasse ist ein kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit im Sinne des § 210 VAG mit Sitz in Baden-Baden. Mitglieder sind die Landesrundfunkanstalten der ARD, das ZDF, die Deutsche Welle und Deutschlandradio sowie vierzehn Gesellschaften als außerordentliche Mitglieder.

Zweck der Kasse ist es, ihren Mitgliedern Mittel zur Gewährung von Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung zur Verfügung zu stellen und Versorgungsberechtigten der Mitglieder Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren.

Der vorliegende Jahresabschluss zum 31.12.2022 schließt an den mit Datum vom 03.03.2022 erstellten Vorjahresabschluss zum 31.12.2021 an.

Allgemeines Geschäftsumfeld

Die bbp ist keine freie Pensionskasse, sondern ihr Vereinszweck dient ausschließlich zur Erbringung von Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Daher ist die bbp keinem Wettbewerb ausgesetzt und verfügt auch über keinen Vertrieb.

Beaufsichtigt wird die bbp als regulierte Pensionskasse durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin). Dabei berücksichtigt die bbp die Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes VAG sowie der Anlageverordnung (AnIV) samt Rundschreiben. Darüber hinaus gelten seit 2019 erweiterte europäische Melde- und Berichtspflichten durch Umsetzung der EbAV II-Richtlinie.

Auf europäischer Ebene wurden mit Inkrafttreten der Taxonomie- und Offenlegungsverordnung Rahmenbedingungen zur Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien in der Anlagepolitik und der Berichterstattung hierüber geschaffen. Anwendung finden diese Verordnungen für Finanzmarktteilnehmer i.S.d. Art. 2 Nr. 1 der Offenlegungsverordnung. Die bbp ist nach derzeitiger Einschätzung nicht als Finanzmarktteilnehmer im Sinne dieser Verordnungen einzustufen. Für ihre Tarife, welche die bbp als Rückdeckungsversicherung betreibt, sind die Verpflichtungen aus der Taxonomie- und Offenlegungsverordnung nicht anzuwenden. Bei den Grundsätzen der Anlagepolitik und damit einhergehenden strategischen Entscheidungen können Nachhaltigkeitsaspekte eine Rolle spielen. Beispielsweise kann durch die Betrachtung von Nachhaltigkeitsrisiken in Investitionsentscheidungsprozessen eine Reduzierung potenzieller materieller Risiken ermöglicht werden.

Mit dem Merkblatt der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht aus 2019 zum Umgang mit Nachhaltigkeitsrisiken wurde eine Orientierungshilfe, insbesondere für das Risikomanagement eines Unternehmens, zur Auseinandersetzung mit dem Thema Nachhaltigkeitsrisiken geschaffen. Als Nachhaltigkeitsrisiko wird ein Ereignis oder eine Bedingung im Bereich Umwelt, Soziales oder Unternehmensführung verstanden, dessen bzw. deren Eintreten tatsächlich oder potenziell wesentliche negative Auswirkungen auf den Wert der Investition haben könnte. Geplant ist eine regelmäßige Identifikation und Bewertung dieser Risiken mittels Stresstest- und Szenarioanalysen als auch aufgrund qualitativer Berücksichtigung.

Die bbp ist speziell im Bereich ihrer Kapitalanlagen dem allgemeinen wirtschaftlichen Umfeld ausgesetzt. Hierbei war das Jahr 2022 an den Kapitalmärkten stark durch eine massiv gestiegene Inflation und durch zunächst noch zögerliche, später jedoch konsequente und schnell aufeinander folgende Zinserhöhungsschritte der Notenbanken geprägt. Die Kapitalmärkte reagierten mit einem historischen Zinsanstieg und leiteten dadurch auch für weitere Assetklassen einen Negativtrend ein. Besonders zinssensitive Anlagen aller Qualitäten wurden deutlich belastet. Der Ausbruch des Ukraine-Kriegs sorgte zudem vor allem in Europa aufgrund hoher Energiepreise sowie Versorgungsunsicherheiten für zusätzliche Volatilität. Im Jahresverlauf kam es zu Kursverlusten sowohl an den Anleihen- als auch den Aktienmärkten.

Offenlegungsverordnung

Die bbp verweist auf ihre Einschätzung zur fehlenden Anwendbarkeit der Verpflichtungen aus der Offenlegungsverordnung. Die Begründung kann auf der Website der bbp eingesehen werden. Die folgenden Informationen stehen daher unter dem Vorbehalt der Anwendbarkeit der Offenlegungsverordnung.

Die publizierten Informationen im Rahmen der Offenlegungsverordnung dienen der Erfüllung der Informations- und Offenlegungspflichten und stellen kein „aktives Bewerben“ im Sinne von Art. 8 Offenlegungsverordnung dar. Da weder ökologische, soziale noch eine Kombination beider Merkmale beworben, noch nachhaltige Investitionen im Sinne der Offenlegungsverordnung besonders angestrebt werden, verpflichtet der Verordnungsgeber, bezogen auf die Direktversicherung, die Aufnahme folgender Aussage:

„Die diesem Finanzprodukt zugrunde liegende Investitionen berücksichtigen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten“.

Geschäftsverlauf

Am Jahresende waren 25.835 Anwärter versichert (Vorjahr: 24.989), davon 8.542 (Vorjahr: 7.322) Anwartschaften nach dem BTVA. Außerdem bestanden 381 Anwartschaften (Vorjahr: 405) in den Direktversicherungstarifen. Die Zahl der Rentenbezieher stieg von 3.463 auf 3.835 Personen an. Die Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen im Geschäftsjahr 2022 ist auf der Seite 21 dargestellt.

Die Höhe der im Geschäftsjahr gebuchten Beiträge lag bei 267,5 Mio. Euro (Vorjahr: 233,9 Mio. Euro). Die Beiträge der Grundversorgung (VTV) stiegen unter anderem aufgrund

der (individuellen) Vorziehungsmöglichkeit des dritten Schritts der geplanten Rechnungszinsabsenkung von im Vorjahr 193,9 Mio. Euro auf 222,0 Mio. Euro. Die gebuchten Beiträge für die freiwillige Höherversicherung (Tarifgruppe B) wuchsen von 9,8 Mio. Euro auf 11,0 Mio. Euro. In die Direktversicherungen gemäß § 40 b EStG und § 3 Nr. 63 EStG flossen Beiträge in Höhe von 0,5 Mio. Euro (Vorjahr: 0,5 Mio. Euro) zu. Für Riester-Direktversicherungen wurden wie im Vorjahr 0,1 Mio. Euro an Beiträgen und Zulagen eingenommen. Für die Verträge im Rahmen des BTVA/VTV 2015 (Tarifgruppe D) konnten die Beiträge von 29,3 Mio. Euro im Vorjahr auf 34,0 Mio. Euro erhöht werden. Die Beitragsentwicklung im Geschäftsjahr lag damit im Plan.

Die Zahlungen für Versicherungsfälle stiegen von 34,9 Mio. Euro im Vorjahr auf 39,9 Mio. Euro im Geschäftsjahr. Dabei erhöhten sich die Rentenzahlungen von 28,8 Mio. Euro im Vorjahr auf 32,7 Mio. Euro. Zahlungen für Rückgewährbeträge aus Anlass des Ausscheidens von Mitarbeitern aus dem jeweiligen Versorgungswerk fielen in Höhe von 6,7 Mio. Euro (Vorjahr: 5,7 Mio. Euro) an. Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle beträgt 4,4 Mio. Euro (Vorjahr: 3,0 Mio. Euro). Die Zahlungen für Versicherungsfälle entwickelten sich planmäßig.

Der Rückstellung für Beitragsrückerstattung wurden im Jahresabschluss 2022 insgesamt 2,7 Mio. Euro zugeführt (Vorjahr: 0,5 Mio. Euro). Die Berechnung der Deckungsrückstellung erfolgt im jährlichen Turnus. Die Entwicklung zeigt die folgende Tabelle.

Deckungsrückstellung (Mio. Euro)	2020	2021	2022
Grundversorgung (VTV)	1.725,2	1.955,8	2.192,4
Höherversorgung	160,6	179,8	188,7
Direktversicherung	35,3	37,5	35,9
BTVA	79,1	108,6	142,9
Gemäß vers.-math. Berechnung	2.000,2	2.281,7	2.559,9
pauschale Zusatzreserve	4,5	3,1	2,9
Gesamt	2.004,7	2.284,8	2.562,7

Entsprechend der versicherungsmathematischen Berechnung ergibt sich per 31.12.2022 ein Betrag in Höhe von 2.559,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2.281,7 Mio. Euro). Der pauschalen Zusatzreserve von anfänglich 3,1 Mio. Euro wurden per 01.10.2022 aufgrund der erfolgten Rechnungszinsabsenkung der Alttarife einiger Mitgliedsunternehmen 1,5 Mio. Euro zugunsten einer erhöhten Deckungsrückstellung entnommen. Zum 31.12.2022 wurde die pauschale Zusatzreserve auf einen Betrag von 2,9 Mio. Euro wiederaufgefüllt, um Vorsorge zu treffen für die im Jahr 2025 erfolgende Rechnungszinsabsenkung der bisher noch nicht auf 1,75 % angepassten Alttarife. Im Vorjahr waren der pauschalen Zusatzreserve 3,1 Mio. Euro zugeführt

worden. Zusätzlich zur planmäßigen Zuführung der Deckungsrückstellung in Höhe von 254,4 Mio. Euro (Vorjahr: 230,4 Mio. Euro) wurde aufgrund der Vorziehung der dritten Stufe der Rechnungszinsabsenkung von den Mitgliedsunternehmen Einmalbeträge in Höhe von 23,5 Mio. Euro zur Auffüllung der Deckungsrückstellung eingezahlt. Insgesamt ergibt sich damit eine Erhöhung der Deckungsrückstellung von 277,9 Mio. Euro (Vorjahr: 280,1 Mio. Euro). Die verwaltungsbezogenen Unternehmenskosten entwickelten sich folgendermaßen:

	2020	2021	2022
Aufwendungen für die Regulierung von Versicherungsfällen	403.002,64 Euro	386.703,61 Euro	507.115,58 Euro
Abschlussaufwendungen	97.798,75 Euro	96.956,83 Euro	125.313,18 Euro
Verwaltungsaufwendungen	1.251.905,83 Euro	1.226.814,96 Euro	1.634.380,40 Euro
Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen	1.008.324,11 Euro	1.423.346,13 Euro	1.639.151,27 Euro
Summe Verwaltungskosten	2.761.031,33 Euro	3.133.821,53 Euro	3.905.960,43 Euro
Summe in % der gebuchten Bruttobeiträge	1,13 %	1,34 %	1,46 %

Die Verwaltungskosten entwickeln sich insgesamt planmäßig mit dem Wachstum der Kasse. Die Verwaltungskostenquote steigt leicht auf 1,46 % (Vorjahr: 1,34 %).

Die Kasse beschäftigt aktuell neben dem Vorstand 31 Mitarbeiter. Im nächsten Jahr ist für das Wachstum der Kasse ein moderater weiterer Personalaufbau vorgesehen.

Ertragslage

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit vor Zuführung zur RfB und zur pauschalen Zusatzreserve beträgt im Geschäftsjahr 19,6 Mio. Euro (Vorjahr: 18,2 Mio. Euro). Im Jahr 2022 wurde in Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde der pauschalen Zusatzreserve, welche im Zuge der Niedrigzinsproblematik zur Finanzierung einer weiteren Absenkung des Rechnungszinses in den Bestandsverträgen eingesetzt werden soll, ein Betrag von 1,2 Mio. Euro zugeführt. Daher verbleibt vor Zuführung zur RfB und Steuern ein Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit in Höhe von 18,4 Mio. Euro (Vorjahr: 15,1 Mio. Euro). Die RfB wird für das Geschäftsjahr 2022 mit 2,7 Mio. Euro dotiert (Vorjahr: 0,5 Mio. Euro). Steuern vom Einkommen und vom Ertrag fallen wie im Vorjahr nicht an, so dass sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 15,7 Mio. Euro (Vorjahr: 14,5 Mio. Euro) ergibt, welcher in voller Höhe der Verlustrücklage zugeführt wird. Ein Bilanzgewinn entsteht wie im Vorjahr nicht.

Finanzlage

Die Liquiditätslage stellt sich wie in den Vorjahren positiv dar. Die Summe aus Beitragseinnahmen und zufließenden Kapitalerträgen übersteigt die Ausgaben für Versicherungsleistungen und Verwaltungskosten deutlich. Die Differenz aus gebuchten Bruttobeiträgen und zugeflossenen Kapitalerträgen einerseits sowie Zahlungen für Versicherungsfälle und Verwaltungskosten andererseits beträgt rund 275,6 Mio. Euro (Vorjahr: 247,8 Mio. Euro).

Die Eigenkapitalsituation der Kasse ist seit den im Jahr 2020 vorgenommenen Eigenkapitalstärkungen unverändert stabil. Aufgrund des starken Wachstums der Kasse und der damit verbundenen ansteigenden Eigenkapitalanforderung ist zur Sicherstellung einer stabilen Solvabilität parallel auch zukünftig ein weiterer Aufbau des Eigenkapitals bzw. weiterer impliziter Eigenmittelbestandteile erforderlich.

Die Solvabilität der Kasse wird im Jahresabschluss 2022 durch eine Dotierung der Verlustrücklage in Höhe von 15,7 Mio. Euro (Vorjahr: 14,5 Mio. Euro) weiter gestärkt. Das Verhältnis der Verlustrücklage zur Deckungsrückstellung ist leicht gestiegen auf 5,2 % (Vorjahr: 5,1 %). Insgesamt entwickelte sich die Verlustrücklage im Verhältnis zur Deckungsrückstellung in den letzten Jahren folgendermaßen:

Verlustrücklage	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2022
Wert in Mio. Euro	102,6	117,2	132,9
in % der Deckungsrückstellung (ohne pauschale Zusatzreserve)	5,1 %	5,1 %	5,2 %

Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden zum Stichtag 31.12.2022 in allen Tarifen Ausscheideordnungen auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005 G angewandt. Für die Altverträge mit Versicherungsbeginn bis zum Jahr 2012 sind die Sterblichkeiten im Rentnerbereich aus Sicherheitsgründen für Männer auf 65 % und für Frauen auf 75 % der Tafelwerte verringert. Für die Neuverträge ab dem Jahr 2013 werden geschlechtsunabhängige biometrische Rechnungsgrundlagen (Unisex-Tarife) angewandt, welche sich aus den o. g. modifizierten geschlechtsabhängigen Sterblichkeiten, verbunden mit unternehmensspezifischen Geschlechterverteilungen inklusive Sicherheitszuschlägen, ableiten. Diese Sterblichkeiten sind das Ergebnis regelmäßiger Überprüfungen der Rechnungsgrundlagen durch die verantwortliche Aktuarin.

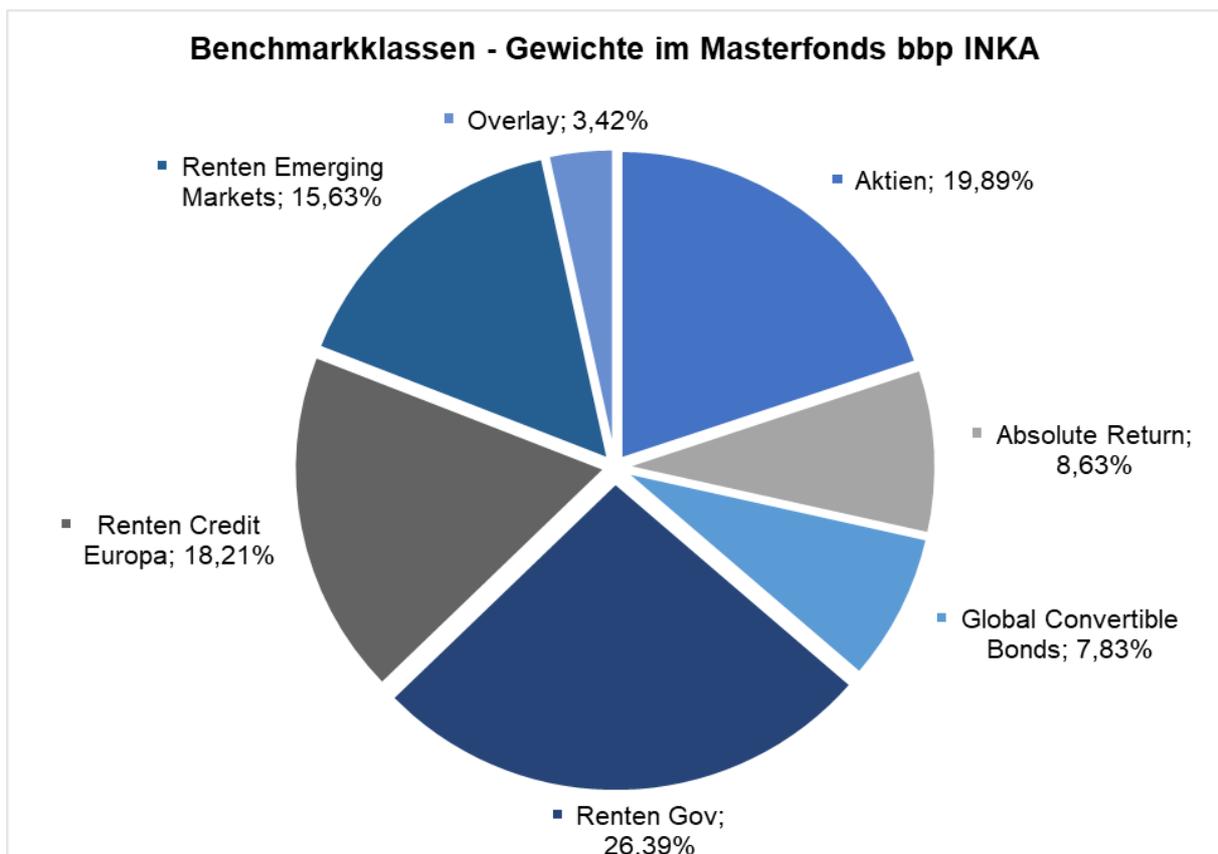
Die Alttarife (Versicherungsbeginn vor dem Jahr 2013) sind mit einem Rechnungszins von 2,25 % bzw. 1,75 % ausgestattet. Die in den Jahren 2013 bis 2020 abgeschlossenen Verträge haben einen Rechnungszins von 1,75 %. Ab dem Jahr 2021 sind alle für neue Vertragsabschlüsse offenen Tarife mit einem Rechnungszins von 0,00 % ausgestattet.

Vermögenslage

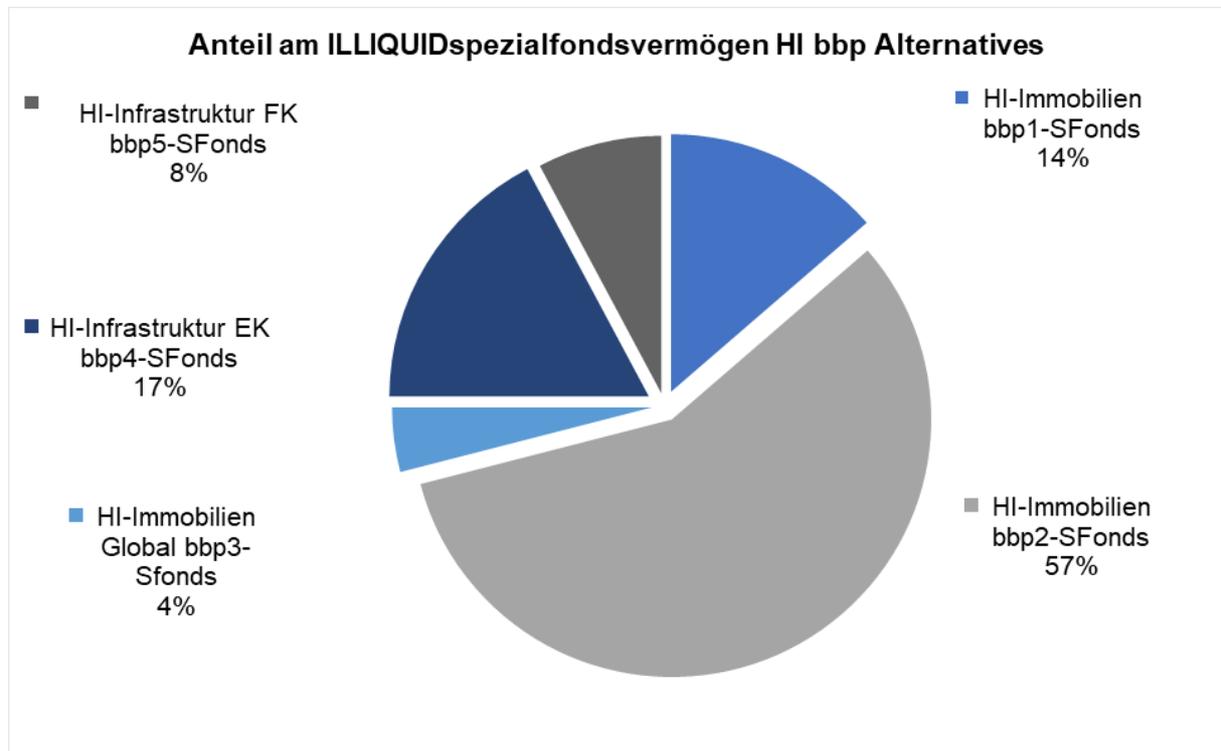
Die Kapitalanlagen des Sicherungsvermögens stiegen im Geschäftsjahr auf 2.772 Mio. Euro (Vorjahr: 2.479 Mio. Euro). Die Vermögensaufteilung des Sicherungsvermögens nach Buchwerten – nach Ausschüttung und Wiederanlage – zeigt die folgende Tabelle:

Säulen der Kapitalanlage	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2022
Eigenanlage mit Zinsträgern	28,3 %	32,3 %	33,0 %
Masterfonds bbp INKA	52,7 %	46,6 %	41,7 %
HI-bbp-Alternatives-Dachfonds	18,9 %	21,1 %	25,3 %

Mit bbp INKA ist hierbei der Masterfonds der bbp bezeichnet. Im bbp INKA machen die Aktiensegmente 19,9 %, das Wandelanleihsensegment 7,8 % sowie die Fondsanlagen in Absolute-Return-Produkte inklusive der Volatilitätsstrategien 8,6 % aus. Die übrigen 63,7 % entfallen im Wesentlichen auf Rentensegmente und einen kleinen Kassenbestand (3,4 % des Masterfonds). Der Kassenbestand resultiert aus der Wertsicherung im Overlay-Segment.



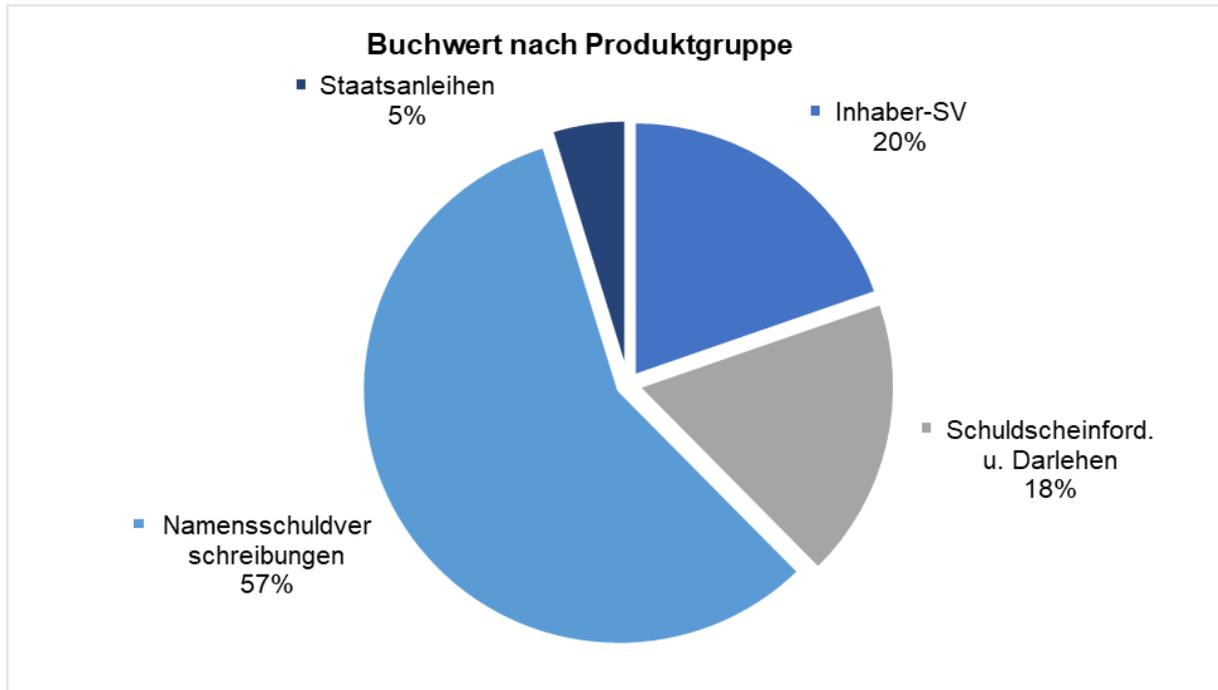
Die Immobilien- und Infrastrukturinvestments wurden im Geschäftsjahr im Rahmen der strategischen Asset Allokation weiter ausgebaut. Der Ausbau erfolgte ausschließlich durch Investitionen in den Dachfonds HI-bbp-Alternatives, dessen Volumen im Geschäftsjahr von 523,4 Mio. Euro auf 702,2 Mio. Euro erhöht wurde.



Im Bereich der Eigenanlage wurden im Jahr 2022 die Bestände an Euro-Staatsanleihen gesenkt. Der Bestand fällt auf 43,2 Mio. Euro (Vorjahr: 55,2 Mio. Euro). Der Bestand an Inhaberschuldverschreibungen der Eigenanlage steigt durch Investitionstätigkeit um netto 2,8 Mio. Euro auf 179,9 Mio. Euro (Vorjahr: 177,1 Mio. Euro).

Im Portfolio der Namenspapiere und Schuldscheine wurden Neuerwerbe von netto 123,3 Mio. Euro vorgenommen. Dadurch konnte der Bestand unter Berücksichtigung ablaufender Papiere und ausgeübter Kündigungsrechte auf 691,7 Mio. Euro (Vorjahr: 568,4 Mio. Euro) per 31.12.2022 gesteigert werden.

Die Allokation der Eigenanlage in Zinsträgern nach Buchwerten ist wie folgt dargestellt:



Die ordentlichen Erträge aus Kapitalanlagen beliefen sich auf 50,3 Mio. Euro (Vorjahr: 51,5 Mio. Euro) und konnten somit die Planwerte erreichen (Prognose 31.12.2022: 50,0 Mio. Euro).

Alle Anteile an Investmentvermögen und Inhaberschuldverschreibungen sind dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zugeordnet und werden gemäß § 341b Abs. 2 HGB nach den Vorschriften des Anlagevermögens bewertet. Abschreibungen auf Finanzanlagen müssen nur vorgenommen werden, sofern eine dauernde Wertminderung vorliegt. Bei nicht dauernden Wertminderungen kann eine Abschreibung unterbleiben. Zum Stichtag wurden diesbezüglich keine Abschreibungen auf bestehende Kapitalanlagen vorgenommen.

Der Masterfonds bbp INKA wies zum Jahresende eine stille Last in Höhe von 102,0 Mio. Euro oder 8,8 % des Buchwertes aus (Vorjahr: Reserve 4,1 Mio. Euro oder 0,4 % des Buchwertes). Eine Ausschüttung wurde nicht vorgenommen.

Der HI-bbp-Alternatives (Immobilien und Infrastruktur) weist zum Jahresende inkl. Ausschüttung mit Wiederanlage insgesamt Bewertungsreserven von 58,2 Mio. Euro oder 8,3 % des Buchwertes aus (nach 44,2 Mio. Euro oder 8,4 % des Buchwertes im Vorjahr).

Die laufende Durchschnittsverzinsung gemäß Verbandsformel betrug im Geschäftsjahr 1,9 % (Vorjahr: 2,1 %). Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen belief sich im Geschäftsjahr auf 1,9 % (Vorjahr: 2,1 %).

Die Vermögenslage wurde aufgrund der Entwicklungen an den Kapitalmärkten im Jahr 2022, insbesondere wegen des raschen Zinsanstiegs und den Auswirkungen durch den Ukraine-Krieg geschwächt. Die Umwandlung der kleinen Reserve des Vorjahres in stille Lasten, vor allem getrieben durch den starken Zinsanstieg, belastete die Risikotragfähigkeit und machte eine vorsichtig bemessene Ausschüttung aus den Masterfonds notwendig. Mit Fortsetzung

des Aufbaus einer pauschalen Zusatzreserve, einer weiterhin stringenten Kostendisziplin und der Zuführung des Überschusses zur Verlustrücklage wurde die Eigenkapitalquote gestärkt und die notwendige Nettoverzinsung erreicht. Die positiven Ergebnisse aus den Immobilien- und Infrastrukturinvestments sowie die Verzinsung der Eigenanlage in Zinsträgern samt Neuerwerben wirkten stabilisierend. Die in Vorjahren durch die Mitglieder vorgenommene Stärkung des Gründungsstocks wirkte sich sehr positiv auf die Solvabilitätsquote der Kasse aus. Weitere Gründungsstockzusagen bestehen derzeit nicht mehr. In 2020 beschlossene Anpassungen in den Rechnungsgrundlagen bis zum Jahr 2025 bilden eine solide Grundlage, um die bilanzielle Stabilität, die Risikotragfähigkeit sowie das Ertragspotenzial für die kommenden Jahre zu verbessern. Hierbei wurden geplante Maßnahmen für das Jahr 2025 bereits teilweise von einigen Mitgliedsunternehmen im Jahr 2022 vorgezogen. Als weiterhin sehr herausfordernd für die Kasse sieht der Vorstand die Folgen der lang anhaltenden Niedrigzinsphase mit risikofreien Kapitalanlagerenditen deutlich unterhalb der Höhe der durchschnittlichen passivseitigen Verzinsung an. Auch wenn im Jahr 2022 deutliche Zinserhöhungen zu verzeichnen waren, ist das Risiko einer erneut wiederkehrenden und längerfristigen Niedrigzinsphase nicht ausgeschlossen. Zudem können die Spätfolgen der COVID-19-Pandemie, die hohe Inflation und die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs für weitere Negativeffekte in der Wirtschaft bzw. hohe Kapitalmarktvolatilität sorgen. Ebenso könnten die Notenbanken mit dem Zinserhöhungszyklus in einer sich bereits abschwächenden Wirtschaft eine Erholung belasten.

Zusammenfassend sieht der Vorstand die Entwicklungen der Kasse in 2022 als herausfordernd an. Durch die starken Zinsanstiege wurde die Risikotragfähigkeit der Kasse im Geschäftsjahr geschwächt. Jedoch bietet das neue Zinsniveau für eine stark wachsende Kasse, wie die bbp, mit hohem Neu- und Wiederanlagebedarf nun wieder die Möglichkeit auskömmliche Renditen in sehr guten Qualitäten zu erwerben, was künftige Stabilität und Sicherheit fördert. Gleichzeitig wirken die teilweise vorgezogene Rechnungszinsabsenkung im Altтарif VTV und die Abgabe einer Patronatserklärung durch alle Mitgliedsunternehmen langfristig positiv der kurzfristig geschwächten Risikotragfähigkeit entgegen. Die wirtschaftliche Lage der bbp ist nach Meinung des Vorstandes als insgesamt noch befriedigend zu bezeichnen. Die ausgewiesene Nettoverzinsung betrug 1,9 % nach 2,1 % im Vorjahr. Die Solvabilitätsanforderungen sind zum Jahresende 2022 mit mehr als 177,5 % deutlich überdeckt. Die an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) abzugebenden Stresstests für 2022 wurden bestanden. Die Verwaltungskostenquote bleibt mit 1,46 % (Vorjahr: 1,34 %) weiterhin niedrig. Für den Auftakt in das neue Geschäftsjahr 2023 sind bislang verhalten positive, aber auch volatile Entwicklungen zu beobachten. Daher müssen globale, politische und konjunkturelle Entwicklungen sowie Änderungen in der Notenbankpolitik weiterhin eng beobachtet werden, um ggf. zeitnah reagieren zu können.

Risikobericht

Ziele des Risikomanagements

Risikomanagement ist ein wichtiger Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Die Kasse betrachtet grundsätzlich den Risikobegriff von zwei Seiten, d. h. die negative wie auch die positive Abweichung der Planung. Die negative Abweichung stellt im klassischen Sinn das Risiko, die positive Abweichung stellt die Chance dar. Zur ganzheitlichen Steuerung des Unternehmens sind beide Seiten zu betrachten.

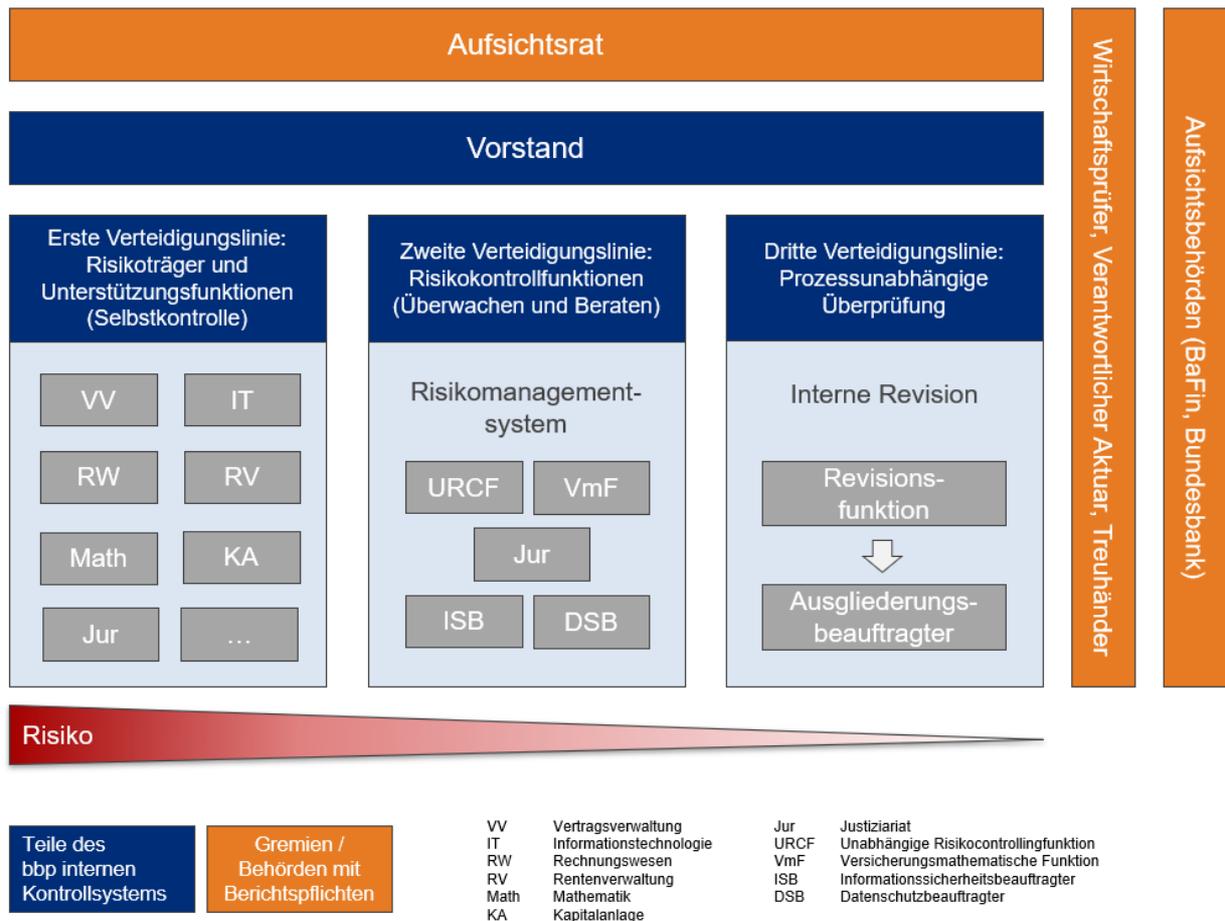
Zu den Aufgaben des Risikomanagements gehört es, sowohl den Fortbestand der Kasse gefährdende Entwicklungen wie auch Chancen zur Erreichung der definierten Unternehmensziele frühzeitig zu erkennen, abzuwägen und zu managen. Das Risikomanagement der bbp verfolgt das Ziel die Finanzstärke zu erhalten, um die Ansprüche unserer Kunden zu sichern. Ein weiteres Ziel ist die Reputation der bbp und aller Mitglieder zu schützen. Dazu setzen wir auf ein alle Bereiche umfassendes Risikomanagement. Das Ziel ist nicht die Risikovermeidung, sondern die Optimierung des Chancen-Risiko-Profiles.

Organisation des Risikomanagements

Die Aufbau- und Ablauforganisation des Unternehmens stellt eine Funktionstrennung zwischen Risikoverantwortung und Risikokontrolle sicher. Die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement liegt bei der Geschäftsleitung (Vorstand).

Für die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems sowie die Steuerung des Risikomanagement-Prozesses ist die unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF) zuständig. Ihr obliegt die Koordination der Identifikation, Bewertung und Steuerung bestehender und potenzieller Risiken auf Einzelbasis. Sie überwacht das Risikoprofil des Unternehmens und berichtet darüber an den Vorstand. Die URCF wird durch zwei weitere Schlüsselfunktionen – die Interne Revision sowie die Versicherungsmathematische Funktion – unterstützt.

Zur Umsetzung hat sich ein dreigliedriges Risikomanagement- und Risikokontrollsystem etabliert: „Three Lines of Defense-Modell“.



Risikomanagementprozess und Risikokategorien

Risikomanagementprozess und Risikokategorien

Unsere Prozesse werden als integriertes wertorientiertes Risikomanagement umgesetzt, d. h. die Einbindung des Risikomanagements in die Unternehmenssteuerung erfolgt durch Prozesse, die unmittelbar in die steuerungsrelevanten Geschäftsprozesse eingebettet sind.

- Die Risikoidentifikation erfolgt im Rahmen der jährlichen Risikoerhebung. Darüber hinaus werden zur Risikoidentifikation weitere Instrumente (bspw. Neue-Produkte-Prozess) verwendet.
- Die Risikoanalyse erfolgt unmittelbar nach Feststellung. Die Analyse wird hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit und möglichen Auswirkungen qualitativ sowie quantitativ erfasst.
- Die Risikobewertung erfolgt durch Vergleich mit zuvor festgelegten Kriterien aufgrund von Berechnungen bzw. Expertenschätzungen der Fachbereiche sowie durch die Anwendung von Stressszenarien.

- Zur Risikosteuerung und -bewältigung werden Maßnahmen entwickelt, welche geeignet sind, die Gefahren zu reduzieren und/oder zu vermeiden und die Folgen beherrschbar zu machen.
- Die Risikoüberwachung erfolgt anhand Risikoindikatoren. Die Dokumentation aller Vorgänge wird ebenfalls durch das Risikomanagement umgesetzt.
- Die interne Risikoberichterstattung gibt einen umfassenden Überblick über die Gesamtrisikosituation und die Auswirkungen der Einzelrisiken. Die Berichte zur laufenden Kapitalanlagesteuerung werden monatlich erstellt. Ein umfassender Risikobericht wird vierteljährlich erstellt und soll die Geschäftsleitung und den Aufsichtsrat bei der Entscheidungsfindung unterstützen.

Die Hauptrisiken der Kasse aus den Kapitalanlagen und der Versicherungstechnik werden vierteljährlich aktualisiert und an den Vorstand berichtet. Bei wesentlichen Änderungen oder neuen Risiken erfolgt eine Ad-hoc Meldung.

Unsere erkannten Risiken sind in nachfolgenden Hauptkategorien klassifiziert:

- Kapitalanlagerisiken beinhalten alle Risiken, die im Zusammenhang mit der Anlage des Vermögens der Kasse stehen.
- Versicherungstechnische Risiken beinhalten alle mit dem Leistungsversprechen verbundenen Risiken der Rechnungsgrundlagen, wie Biometrie und Zins.
- Operationelle Risiken enthalten die Risiken des operativen Geschäfts, welche durch menschliches oder technisches Versagen entstehen können.
- Strategische Risiken können sich aus strategischen Geschäftsentscheidungen oder Geschäftsentscheidungen, die dem Wirtschaftsumfeld nicht angepasst wurden, ergeben.

Des Weiteren wird das Merkblatt zum Umgang mit Nachhaltigkeitsrisiken der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht aus 2019/2021 im Risikomanagement beachtet. Da Nachhaltigkeitsrisiken dabei auf die bekannten Risikoarten der Kapitalanlage, wie Liquiditätsrisiken, Marktrisiken oder auch auf operative Risiken einwirken, erfolgt aus diesem Grund eine Betrachtung und Bewertung im Gesamtzusammenhang. Weitere Informationen zur Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisiken und zur Umsetzung der Offenlegungsverordnung werden im Kapitel „Allgemeines Geschäftsumfeld“ dargestellt.

Risiken der Kapitalanlage

Die strategischen Ziele in der Kapitalanlage der Kasse liegen grundsätzlich in der dauerhaften Erwirtschaftung der Gesamtverzinsung, die ausreicht, um sowohl die zugesagten Garantien als auch die notwendige Eigenkapitalausstattung der Kasse sicherzustellen. Die Anlageziele Rentabilität, Sicherheit und Liquidität werden durch interne Vorgaben und Limite in den Kapitalanlagerichtlinien sowie den Grundsatz Mischung und Streuung erreicht. Die strategische Anlagepolitik wird auf Grundlage der Ergebnisse der Asset-Liability-Studien angepasst, welche in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden.

Die Identifikation, Analyse und Bewertung der Kapitalanlagerisiken erfolgt durch ein professionelles Kapitalanlagecontrolling, welches ein Teil des Gesamtrisikomanagements und die Aufgabe der unabhängigen Kontrollinstanz innerhalb des Investmentprozesses darstellt. Durch die Implementation eines Frühwarnsystems bleibt ausreichend Reaktionszeit für die notwendige Risikosteuerung.

Die Kapitalanlagerisiken können in vier Kategorien eingeteilt werden. Marktrisiko, Kreditrisiko, Konzentrationsrisiko und Liquiditätsrisiko.

Das Marktrisiko bezeichnet das Risiko, das sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe bzw. in der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt. Das Marktrisiko schließt das Aktienrisiko, Währungskursrisiko und Zinsänderungsrisiko ein. Ein großer Teil der Kapitalanlagen im Masterfonds für die liquiden Investments besteht aus festverzinslichen Wertpapieren, wodurch Zinsanstieg und Spreadausweitung einen sehr großen Einfluss auf die Marktwerte der Kapitalanlagen haben. Dies war insbesondere im Jahr 2022 durch den raschen Zinsanstieg sowie die Unsicherheit an den Märkten aufgrund des Ukraine-Krieges deutlich erkennbar. Als Maßnahme hat die bbp für die festverzinslichen Wertpapiere des Masterfonds wie auch in der Direktanlage die buy-and-hold-Strategie ausgeweitet. Bei der Auswahl des Direktbestands werden vorzugsweise Namenspapiere oder Schuldscheindarlehen gewählt, um diese im Anlagevermögen zum Nennwert bzw. fortgeführten Anschaffungswert zu bilanzieren. Insofern kann der Großteil des Bestands an direkt wie indirekt gehaltenen festverzinslichen Wertpapieren risikoadäquat als Anlagevermögen betrachtet werden und unterliegt somit keinem bilanziellen Abschreibungsrisiko aus Zinsänderung. Bei dem Dachfonds für die illiquiden Investments, welcher hauptsächlich aus Immobilienfonds besteht, wird auf die Expertise der KVG sowie auf die Fokussierung auf Spitzenobjekte (Core und Core+) gesetzt. Anhand des Risikotragfähigkeitskonzepts wird ein Risikobudget berechnet, mit Hilfe dessen das Risiko-Overlay die Marktrisiken teilweise sichert. Beide Fonds können über breite Diversifikation die Wertschwankungen oftmals ausgleichen und werden zudem als Anlagevermögen bilanziert.

Das Kreditrisiko bezeichnet das Risiko, das sich aufgrund eines Ausfalls oder aufgrund einer Veränderung der Bonität oder der Bewertung von Bonität (Credit-Spread) von Wertpapieremittenten, Gegenparteien und anderen Schuldnern, gegenüber denen der Gläubiger Forderungen hat, ergibt. Das Kreditrisiko zeichnet sich bei der Kasse hauptsächlich im Bereich der Kapitalanlagen aus, da das Ausfallrisiko der Gegenparteien der Versicherungsseite nicht relevant ist. Dem Kreditrisiko wird durch breite Streuung der Kapitalanlage sowie ein umfassendes Limitsystem begegnet. Des Weiteren umfasst der Kreditüberwachungsprozess der Kasse neben der eigenen Bonitätsprüfung von Neuanlagen (der Direktanlage) eine regelmäßige Aktualisierung der Bestandsschuldner sowie die Beratung im Kreditkomitee. Infolge einer Bonitätsverschlechterung werden außerordentliche Maßnahmen von Vorstand, Kapitalanlage und Risikomanagement besprochen, dokumentiert und umgesetzt.

Das Konzentrationsrisiko beschreibt das Risiko, das sich dadurch ergibt, dass das Unternehmen einzelne Risiken oder stark korrelierte Risiken eingeht, die gemeinsam ein bedeuten-

des Schaden- oder Ausfallpotenzial haben. Durch eine breite Diversifikation, ein permanent überwachtes Limitsystem sowie die Einhaltung der Grundsätze zur Mischung und Streuung begrenzt die Kasse dieses Risiko.

Liquiditätsrisiko bedeutet, dass ein Unternehmen auf Grund mangelnder Fungibilität nicht in der Lage ist, seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen. Aufgrund des jungen und stark wachsenden Bestandes liegen die Beitragseinnahmen kurz-, mittel- und langfristig deutlich über den Rentenauszahlungen, wodurch das Liquiditätsrisiko diesbezüglich eine untergeordnete Rolle spielt. Durch die Anlage in illiquide Investments über den Dachfonds gibt es regelmäßige Kapitalabrufe, was zu kurzfristigem Liquiditätsrisiko führen könnte. Mit Hilfe einer mehrstufigen (kurz- und mittelfristigen) Liquiditätsplanung über alle Liquiditätsströme der Kasse sowie aller Kapitalanlagen wird dieses Risiko permanent überwacht.

Versicherungstechnische Risiken

Das versicherungstechnische Risiko bezeichnet das Risiko, dass bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung der tatsächliche Aufwand für Leistungen vom erwarteten Aufwand abweicht. Die Rechnungsgrundlagen bestehen aus Annahmen zur Biometrie, zum Zins und zu den Kosten.

Das Risiko der Abweichung zur angenommenen Biometrie wird hauptsächlich durch das Langlebensrisiko sowie durch Abweichungen der Invaliditätsannahmen bestimmt. Aufgrund dessen wurde bei der Kalkulation der Tarife in Abstimmung mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) ausreichend Sicherheit in den Rechnungsgrundlagen eingerechnet. Durch jährliche Berechnung des Risikoergebnisses, Untersuchungen der Verantwortlichen Aktuarin (VA) im Dreijahresrhythmus sowie interne Untersuchungen durch die versicherungsmathematische Funktion (VMF) wird analysiert, ob die verwendeten biometrischen Rechnungsgrundlagen für die tatsächlichen Versorgungsfälle ausreichend kalkuliert sind. Im Jahr 2022 wurden die biometrischen Rechnungsgrundlagen durch eine umfangreiche Untersuchung der Verantwortlichen Aktuarin (VA) bestätigt. Es konnte außerdem keine signifikante Abweichung aufgrund der COVID-19-Pandemie im untersuchten Bestand festgestellt werden.

Das Zinsrisiko ist durch die hohen Zinsgarantien ein großes versicherungstechnisches Risiko für die Kasse. Die älteren Versicherungstarife hatten bis zum 31.12.2019 einen Rechnungszins von 3,50 % bzw. 3,25 %. Neuere Verträge ab 2012 haben einen Rechnungszins von 1,75 %. Mit der BaFin wurde eine Absenkung der hohen Rechnungszinsen in drei Schritten auf letztlich 1,75 % im Jahr 2025 abgestimmt und durch die Vertreterversammlung der bbp beschlossen. Der erste Absenkungsschritt erfolgte zum 01.01.2020, in dem alle o. g. Tarifgenerationen auf einen Rechnungszins von 2,75 % abgesenkt wurden. Zum 01.10.2021 wurde der zweite Absenkungsschritt vorgezogen, sodass alle o.g. Tarifgenerationen auf einen Rechnungszins von 2,25 % abgesenkt wurden. Zum 01.10.2022 hat die bbp den Mitgliedsunternehmen die Möglichkeit geboten den letzten Schritt der Rechnungszinsabsenkung auf 1,75 % vorzuziehen. Etwa 50 % der betroffenen Deckungsrückstellung konnte somit schon vor 2025 auf 1,75 % abgesenkt werden. Hierdurch konnte eine erhebliche Entlastung des durchschnitt-

lichen Rechnungszins auf 1,9 % (2021: 2,1 %) erfolgen. In den verbleibenden Jahren bis zur Durchführung des letzten Absenkungsschritts (in 2025) wird auch weiterhin vorsorglich eine pauschale Erhöhung der Deckungsrückstellung vorgenommen. Auf die Höhe der Leistungen hat die Absenkung keine Auswirkung. Darüber hinaus ist der aktuelle Rechnungszins für alle offenen Tarife 0,00 %, sodass der durchschnittliche Rechnungszins weiterhin sukzessive entlastet wird. Die Gewährleistung einer ausreichenden Sicherheit im Risiko Zins wird über interne Prognoserechnungen sowie in Abstimmung mit der BaFin dauerhaft geprüft.

Die in den Rechnungsgrundlagen einkalkulierten Kosten sind weiterhin passend bemessen. Das starke Wachstum des Bestands wie neue regulatorische Anforderungen führen zu Personalaufbau der Kasse. Neben den steigenden Beitragseinnahmen führen effiziente Abläufe und eine konsequente Digitalisierung und Automatisierung von Prozessen zu einer weiterhin geringen Kostenquote, welche deutlich unter den einkalkulierten Kosten in den Tarifen liegt. Das Kostenergebnis, welches jährlich geprüft wird, ist in allen Tarifen positiv. Insbesondere beim VTV erkennt man die oben genannten Vorteile.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko ist das Verlustrisiko aufgrund von fehlerhaften internen Prozessen oder von mitarbeiter- oder systembedingten bzw. externen Vorfällen.

Das grundlegende Element zur Risikobewältigung stellt das IKS dar. Die Grundlage des IKS liegt in dem Organisationshandbuch der Kasse, welches alle relevanten Leitlinien und Vorgaben der einzelnen Fachbereiche sowie das Management der Berechtigungen, Vollmachten und Vertretungsregelung beinhaltet. Die Prozesse der Kasse sind dokumentiert und unterliegen einem strikten 4-Augen-Prinzip.

Die wesentlichen Risiken aus dem laufenden Geschäftsbetrieb bestehen aus einem teilweisen oder vollständigen Ausfall der IT-Systeme. Gegen solche Gefahren schützt sich die bbb durch Datensicherungen sowie den Einbezug des SWR und des Informations-Verarbeitungszentrums der ARD als ausgegliederte Dienstleistung. Die hieraus entstehenden Risiken unterliegen einem Überwachungs- und Kontrollprozess, welche durch den IT-Sicherheitsbeauftragten koordiniert und geprüft werden.

In diesem Zusammenhang ist eine steigende Relevanz von Cyber-Risiken festzustellen. Diese Art von IT-Risiken wird derzeit auch seitens der Aufsicht als Schwerpunktthema mit entsprechenden Sicherheitshinweisen fokussiert. Allgemein ist festzuhalten, dass sich die Häufigkeit von Angriffen auf IT-Strukturen im deutschen Finanzsektor intensiviert hat und mindestens temporär von einer erhöhten Bedrohungslage auszugehen ist. Die bbb begegnet den Cyber-Risiken mit dem verstärkten Schutz wesentlicher IT-Anwendungen sowie zusätzlichen Maßnahmen im Bereich der IT-Sicherheit.

Fazit zur Risikolage

Im letzten Jahr hatten insbesondere der rasche Zinsanstieg sowie die Auswirkungen an den Kapitalmärkten durch den Ukraine-Krieg große Auswirkungen auf die Risikolage der Kasse. Durch Ergreifen verschiedener Maßnahmen, wie der Anpassung des Risikotragfähigkeitskonzepts oder der individuellen Vorziehung der Rechnungszinsabsenkung konnte darauf reagiert werden. Am Jahresende wurde die Gewährleistung der Risikotragfähigkeit mit der Abgabe der Patronatserklärung durch die Mitgliedsunternehmen flankiert. Auf der Basis dieser Stärkungsmaßnahmen ergeben sich aus der neuen Kapitalmarktsituation auch Chancen, welche sich insbesondere in guten Neu- und Wiederanlagerenditen der Zinsträger in bonitätsstarke Schuldner äußern. Diese Möglichkeiten werden langfristig die Ertragskraft der bbb und die Risikotragfähigkeit stärken. Des Weiteren erleichtern die Maßnahmen zur Verstärkung der Rechnungsgrundlage Zins der bbb die Erreichung der notwendigen Garantieverzinsung. Durch weniger Zinsanforderung kann mehr Freiheit in der strategischen Asset Allokation gewonnen werden, was wiederum systematisch mehr Renditepotential ermöglicht. Zur optimalen Ausrichtung der Kapitalanlagen auf die geänderten Rahmenbedingungen wird im ersten Halbjahr 2023 eine Asset-Liability-Studie vorgenommen.

Der Risikomanagementprozess der bbb wird von der URCF koordiniert, überwacht und kontrolliert. Bestandsgefährdende Risiken, die zur Verfehlung der regulatorischen und strategischen Ziele führen, sind aktuell innerhalb der vorgegebenen Risikomaße. Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen sind durch Eigenmittel mit einer Solvabilitätsquote von 177,5% gedeckt.

Chancenbericht

Die bbb hat sich als Pensionskasse mit hauptsächlich Rückdeckungsversicherungen stetig den Anforderungen der Mitglieds- und Trägerunternehmen angepasst. Im Jahr 2017 wurden die Änderungen des Versorgungstarifvertrags sowie des Beitragstarifvertrags Altersversorgung umgesetzt. Beide Tarifverträge haben eine sehr lange Laufzeit bis 2031, sodass die bbb eine große Planungssicherheit hat. Der Beitragstarifvertrag ist für alle neu eintretenden Mitarbeiter vorgesehen. Aufgrund dieser beiden Tatsachen besteht für die Kasse eine große Chance weiter zu wachsen und den Bestand auszubauen.

Geschäftspotenzial besteht für die bbb weiterhin durch das Angebot hochspezifischer Dienstleistungen für die Rundfunkanstalten, welche im direkten Zusammenhang mit den abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen sowie der Verwaltung der abgegebenen Direktzusagen stehen. Aus Sicht der Rundfunkanstalten bietet sich der wirtschaftliche Vorteil von Synergieeffekten, indem skalierbare Tätigkeiten bei der bbb als zentralem Kompetenzzentrum und bAV-Dienstleister angesiedelt werden.

Da erst seit dem Gründungsjahr 1997 Anmeldungen bei der bbb erfolgen, verfügt die Kasse nach wie vor über einen organisch wachsenden Anwärterbestand und einen bisher vergleichsweise kleinen, perspektivisch aber stark wachsenden Bestand an versicherten Leistungsempfängern. Aufgrund dessen ist die Höhe der Beiträge auch in den kommenden Jahren deutlich größer als die Größenordnung der zwar steigenden, aber noch geringen Leistungs-

zahlungen, wodurch der Kasse stetig liquide Mittel zur Verfügung stehen. Im aktuellen Umfeld stark angestiegener Kapitalmarktzinsen ergeben sich hierdurch Chancen in der Neuanlage. Im Kontext des Asset Liability Managements ist der zukünftig weiterhin vorhandene und gut planbare positive Netto-Cashflow mit der Möglichkeit verbunden, eine sehr langfristig orientierte Kapitalanlagestrategie zu verfolgen, welche bewusst die Vereinnahmung von Illiquiditätsprämien einbezieht.

Durch das speziell auf die bbp angepasste Anwendungssystem für die Verwaltung der Versicherungsverträge sowie der Rentenzahlungen, schafft es die Kasse mit kleinem Personalbestand und schlankem Verwaltungsapparat die vielen Versicherten sowie die Arbeitgeber zufrieden zu stellen. Aufgrund weiterer Automatisierung der Verwaltungsprozesse besteht die Chance, die Kostenquote dauerhaft auf niedrigem Niveau stabil zu halten und wachsende regulatorische Anforderungen, die mit zusätzlichen Aufwänden verbunden sind, zu kompensieren.

Ein anhaltendes Thema ist weiterhin die Digitalisierung, was insbesondere auch in der aktuell zu entwickelnden IT-Strategie 2030 aufgegriffen wird. Ausgelöst durch die COVID-19-Pandemie wurde für alle Mitarbeiter die Möglichkeit auf Homeoffice sichergestellt, was insbesondere einen großen Schritt zur Digitalisierung der Arbeitsprozesse und -dokumente vorangetrieben hat. Auch im Jahr 2022 konnte die Digitalisierung weiter ausgebaut werden. Die Kommunikation mit den Trägerunternehmen erfolgt inzwischen weitestgehend digital, indem Anträge und Mitteilungen über das digitale Arbeitgeber-Portal ausgetauscht werden. Hierdurch wird nicht nur auf den Wandel betreffend die Personalsituation bei den Trägerunternehmen reagiert, sondern auch ein einfacher und sicherer Datenaustausch sowie effiziente Prozesse sichergestellt. Die Digitalisierung der Kommunikationswege stellt auch eine Chance für moderne Arbeitskonzepte mit mobilem Arbeiten dar, was grundsätzlich auch die Attraktivität der bbp als Arbeitgeber erhöht.

Prognosebericht

Das Ergebnis der Kasse wird auch in den nächsten zwei Geschäftsjahren wesentlich von den folgenden Hauptergebnisfaktoren geprägt:

- Beiträge
- Leistungen für Versicherungsfälle
- Zuführung zur Deckungsrückstellung
- Ergebnis aus Kapitalanlagen

Nach heutigem Kenntnisstand ist davon auszugehen, dass sich das Wachstum der bbp in all diesen Faktoren weiter fortsetzen wird und insbesondere die Beitragseinzahlungen die Auszahlungen für Leistungen und Verwaltungskosten deutlich übersteigen werden. Die Versicherungsbeiträge werden - insbesondere in den nächsten Jahren bis zur Vollendung der Rechnungszinsabsenkung in 2025 - deutlich steigen, wohingegen die Leistungen für Versicherungsfälle aufgrund des älter werdenden Bestands moderat ansteigen werden. Beide Effekte führen dazu, dass die Zuführung zur Deckungsrückstellung bis 2025 signifikant steigt

und sich danach das Wachstum allmählich verlangsamt. Die Erträge der Kapitalanlage steigen moderat mit dem Wachstum des Sicherungsvermögens und profitieren von verbesserten Wieder- und Neuanlagemöglichkeiten aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus.

Die Anzahl der Bezieher einer Versorgungsleistung wird sich unter Berücksichtigung des bisherigen Zugangs an Rentnern im Geschäftsjahr 2023 weiter erhöhen. Dementsprechend wird der Gesamtbetrag der zu zahlenden Versorgungsleistungen planmäßig weiter steigen.

Für das Geschäftsjahr 2023 wird gegenüber dem Berichtsjahr insgesamt ein leichter Anstieg der laufenden Beitragseinnahmen erwartet, der neben dem natürlichen Wachstum auf die individuelle Vorziehung der Rechnungszinsabsenkung im Jahr 2022 durch einen Teil der Mitgliedsunternehmen zurückzuführen ist.

Durch die im Jahr 2022 seitens der Mitgliedsunternehmen ergriffenen Maßnahmen zur Stärkung der Risikotragfähigkeit haben sich die Perspektiven für die weitere Entwicklung der Finanzlage der Kasse deutlich gebessert. Die individuelle Vorziehung der für 2025 geplanten Absenkung der Rechnungszinsen bei den für den Neuzugang geschlossenen Alttarifen wurde von mehreren Mitgliedsunternehmen umgesetzt und führt nun in den Jahren 2023 und 2024 zu einer weiteren Reduzierung der passivseitigen Zinsanforderung. Hierdurch werden einerseits die jährlichen Beitragseinnahmen zusätzlich steigen und die Ertrags- und Liquiditätssituation der Kasse weiter verbessern. Andererseits verbessert sich das bilanzielle Verhältnis zwischen der sinkenden Zinsanforderung der Verpflichtungsseite einerseits und dem Renditepotenzial der Aktivseite andererseits deutlich und nachhaltig. Dies wird die Gestaltungsmöglichkeiten bei der Strategischen Asset Allokation entsprechend erweitern und ermöglicht ein besseres langfristiges Risiko-Renditeprofil.

Die reduzierten Ausschüttungserfordernisse im Masterfonds INKA unterstützen die Wertaufholung und sorgen für eine Reduzierung von bilanziellen Abschreibungsrisiken. Gleichwohl ergeben sich Risiken und Chancen für das Ergebnis der bbp auch in den nächsten zwei Jahren weiterhin vor allem aus dem Ergebnis der Kapitalanlagen. Im Falle adverser Entwicklungen, die mit deutlichen Marktwertverlusten der Kapitalanlagen einhergehen und in den Stresstests oder der BaFin-Prognoserechnung zu problematischen Ergebnissen führen könnten, sorgt nun aber die von allen Mitgliedern abgegebene Patronatserklärung für eine zusätzliche Absicherung gegen Abschreibungsrisiken und/oder aufsichtsrechtliche Zwangsmaßnahmen. Im Ergebnis wird die Risikotragfähigkeit durch die Patronatserklärung nochmals deutlich gestärkt, da temporäre Krisen an den Kapitalmärkten nicht unmittelbar zu kurzfristigen Notmaßnahmen führen müssen.

Die Allokation der Kapitalanlagen im Sicherungsvermögen wird auch weiterhin mit Blick auf die Risikotragfähigkeit der bbp kontrolliert gesteuert. Zwecks Optimierung der strategischen Asset Allokation wurde Anfang des Jahres 2021 eine ALM-Studie fertiggestellt. Sie wird im ersten Halbjahr 2023 einer Aktualisierung unterzogen, um dem stark veränderten Kapitalmarktumfeld Rechnung zu tragen und erforderliche Anpassungen der strategischen Asset Allokation abzuleiten. Durch das im Jahr 2022 stark angestiegene Zinsniveau ergeben sich für alle 3 Säulen der Kapitalanlage der bbp wesentlich veränderte Rahmenbedingungen, die bei der Ausrichtung der jeweiligen Anlagestrategie und -taktik zu berücksichtigen sind. Gerade die Neuanlage in der Eigenanlage mit Zinsträgern hat von dem gestiegenen

Zinsniveau profitiert und sich auf die Ertragslage der Kasse deutlich stabilisierend ausgewirkt. Sie soll auch in 2023 und in den Folgejahren entsprechend weiter beträchtlich ausgeweitet werden.

Die Anlagegrundsätze des § 124 VAG und der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen bleiben jederzeit gewahrt.

Bei einer zumindest befriedigenden Wertentwicklung der Kapitalmärkte geht der Vorstand davon aus, dass sich im Jahr 2023 ein Jahresüberschuss über dem Niveau des Geschäftsjahres 2022 erzielen lässt, der auch ausreichen wird, um Zuführungen zur RfB und eine Einstellung in das Eigenkapital sicherzustellen. Im Übrigen wird sich die Risiko- und Ertragslage der Kasse voraussichtlich proportional mit dem Wachstum der Kasse weiter entwickeln. Hierbei sind die oben genannten Unsicherheiten insbesondere hinsichtlich des Kapitalanlageergebnisses zu berücksichtigen.

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen

	Anwärter				Invaliden- und Altersrenten				Hinterbliebenenrenten							
	Männer		Frauen		Männer		Frauen		Witwen		Waisen		Witwer		Waisen	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Euro	Euro	Euro	Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahrs	11.909	13.080	1.466	1.647	24.883.013	209	74	67	1.491.607	284.772	152.119					
II. Zugang während des Geschäftsjahrs																
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	574	755	183	202	3.520.903	28	10	26	241.140	34.363	65.191					
2. sonstiger Zugang					100.573				3.495	2.265	900					
3. gesamter Zugang	574	755	183	202	3.621.475	28	10	26	244.636	36.628	66.091					
III. Abgang während des Geschäftsjahrs																
1. Tod	20	14	23	23	416.238	4	5		51.981	8.991						
2. Beginn der Altersrente	164	162														
3. Invalidität	10	23														
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf			2	3	69.768			1		4.550	24.427					
5. Beendigung unter Zahlung von Beträgen	10	30														
6. Beendigung ohne Zahlung von Beträgen	5	5														
7. sonstiger Abgang	18	22			2.298				1.805	1.410	62					
8. gesamter Abgang	227	256	25	26	488.305	4	6	16	53.786	14.951	24.489					
V. Bestand am Ende des Geschäftsjahrs	12.256	13.579	1.624	1.823	28.016.184	233	78	77	1.682.457	306.449	193.721					

Baden-Badener Pensionskasse VVaG
Baden-Baden
Jahresbilanz zum 31.12.2022

	31.12.2022		31.12.2021	
	EURO	EURO	EURO	EURO
AKTIVA				
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten.		1.052.459,98	1.052.459,98	1.018.059,98
B. Kapitalanlagen				
I. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		1.857.368.756,34		1.681.342.226,31
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		223.140.268,57		232.345.468,53
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	527.252.325,40			415.444.194,35
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	<u>164.465.274,56</u>			<u>153.000.000,00</u>
		<u>691.717.599,96</u>		<u>568.444.194,35</u>
			2.772.226.624,87	2.482.131.889,19
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	5.323.076,16			4.910.052,25
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen	<u>-1.182,60</u>			<u>62.554,45</u>
		5.321.893,56		4.972.606,70
II. Sonstige Forderungen		<u>958.334,68</u>		<u>362.690,45</u>
			6.280.228,24	5.335.297,15
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen		76.553,00		29.216,00
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		<u>11.645.801,79</u>		<u>2.039.625,21</u>
			11.722.354,79	2.068.841,21
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		12.070.305,42		10.964.059,47
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		<u>13.470,24</u>		<u>9.951,72</u>
			12.083.775,66	10.974.011,19
SUMME DER AKTIVA			<u>2.803.365.443,54</u>	<u>2.501.528.098,72</u>

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis des Sicherungsvermögens aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Baden-Baden, den 07.03.2023

Der Treuhänder:

(Hiss)

Baden-Badener Pensionskasse VVaG
Baden-Baden
Jahresbilanz zum 31.12.2022

	31.12.2022		31.12.2021	
	EURO	EURO	EURO	EURO
PASSIVA				
A. Eigenkapital				
I. Eingefordertes Kapital				
Gründungsstock	81.984.453,27		81.984.453,27	
Summe I.		81.984.453,27		81.984.453,27
II. Gewinnrücklagen				
- Verlustrücklage gemäß § 193 VAG		132.885.332,82		117.178.053,96
III. Bilanzgewinn		0,00		0,00
			214.869.786,09	199.162.507,23
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Deckungsrückstellung		2.562.717.020,07		2.284.835.163,19
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		4.379.104,45		2.991.404,26
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		2.899.496,25		612.611,06
			2.569.995.620,77	2.288.439.178,51
C. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		2.338.893,31		1.933.318,81
II. Sonstige Rückstellungen		228.300,00		352.182,00
			2.567.193,31	2.285.500,81
D. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern		13.638.603,62		11.440.533,21
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen		0,00		0,00
		13.638.603,62		
II. Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten		882,33		
III. Sonstige Verbindlichkeiten		2.293.357,42		200.378,96
			15.932.843,37	11.640.912,17
SUMME DER PASSIVA			2.803.365.443,54	2.501.528.098,72

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B.I. der Passiva eingestellte geschäftsplanmäßige Deckungsrückstellung in Höhe von 2.559.850.028,61 € nach dem zuletzt am 22.08.2022 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden ist. Zusätzlich ist eine pauschale Verstärkung der Deckungsrückstellung in Höhe von 2.866.991,46 € gebildet worden.

Baden-Baden, den 07.03.2023

Die Verantwortliche Aktuarin:



(Burchardt)

Baden-Badener Pensionskasse VVaG
Baden-Baden
Gewinn- und Verlustrechnung

	01.01.-31.12.2022		2021	
	EURO	EURO	EURO	EURO
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung - Gebuchte Bruttobeiträge		267.544.017,18		233.879.572,66
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung		323.309,83		200.029,32
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	50.312.939,14			51.514.770,92
b) Erträge aus Abgang von Kapitalanlagen	<u>1.049.134,33</u>			<u>0,00</u>
		51.362.073,47		51.514.770,92
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung		1.060.157,20		1.023.840,91
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	39.925.383,24			34.858.301,15
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	<u>1.387.700,19</u>			<u>-454.874,24</u>
		41.313.083,43		34.403.426,91
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen - Netto-Deckungsrückstellung		254.353.245,12		233.420.927,91
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung		2.703.983,67		518.822,41
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	125.313,18			96.956,83
b) Verwaltungsaufwendungen	<u>1.634.380,40</u>			<u>1.226.814,96</u>
		1.759.693,58		1.323.771,79
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	1.639.151,27			1.423.346,13
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	0,00			0,00
c) Verlust aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>999,06</u>			<u>169.092,90</u>
		<u>1.640.150,33</u>		<u>1.592.439,03</u>
10. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			18.519.401,55	15.358.825,76
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		590.919,51		429.698,59
2. Sonstige Aufwendungen		<u>3.403.042,20</u>		<u>1.249.566,79</u>
			-2.812.122,69	-819.868,20
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			15.707.278,86	14.538.957,56
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			0,00	0,00
5. Jahresüberschuss			15.707.278,86	14.538.957,56
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen - in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG			<u>15.707.278,86</u>	<u>14.538.957,56</u>
7. Bilanzgewinn			<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Anhang

Allgemeine Erläuterungen

Der Jahresabschluss der Baden-Badener Pensionskasse VVaG mit Sitz in Baden-Baden, registriert bei der BaFin unter der Register-Nummer 2251 K, wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), unter Beachtung des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (VAG) sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung aufgestellt. Darüber hinaus wurden die Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) beachtet.

Die Deckungsrückstellung wird auf Beschluss der Vertreterversammlung seit dem Jahr 2001 jährlich berechnet.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und die unter den Sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen Sachanlagen wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Die Abschreibung erfolgt linear über eine Nutzungsdauer von fünf Jahren.

Die Anteile an Investmentfondsvermögen für den bestehenden Geldmarktfonds sind aufgrund ihrer kurzfristigen Anlagedauer und geplanten Umschichtung in andere Anlageformen nach den Bewertungsvorschriften des Umlaufvermögens zu bewerten. Der Zeitwert des Geldmarktfonds wurde mit dem Rücknahmepreis ermittelt.

Die dem Anlagevermögen zugeordneten Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen sowie Inhaberschuldreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind dazu bestimmt, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen und werden gemäß § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Das Wertaufholungsgebot nach § 253 Abs. 5 HGB wird beachtet. Bei dauerhaften Wertminderungen werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert vorgenommen.

Zur Feststellung des Vorliegens einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung insbesondere öffentlich gehandelter Anteile oder Aktien an Investmentvermögen orientiert sich die Kasse an dem vom Versicherungsfachausschuss des IDW empfohlenen 20 %-Aufgreifkriterium. Demzufolge kann eine dauerhafte Wertminderung immer dann vorliegen, wenn der Zeitwert eines Wertpapiers in den dem Bilanzstichtag vorangehenden sechs Monaten permanent um mehr als 20 % unter dem Buchwert liegt sowie für den Fall, dass der Durchschnittswert der täglichen Börsenkurse in den letzten 12 Monaten um mehr als 10 % unter dem Buchwert unter dem Buchwert liegt. Für Investmentanteile richtet sich die Beurteilung der voraussichtlichen Dauerhaftigkeit einer Wertminderung gemäß IDW RS VFA 2, Tz. 24, nach den im Fonds gehaltenen Vermögensgegenständen (Durchschau).

Zur Beurteilung des Vorliegens einer dauerhaften Wertminderung in Bezug auf Inhaberschuldreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die wie Anlagevermögen bilanziert werden, werden Bonitätsprüfungen der Emittenten sowie die Entwicklungen der Ratings

hinzugezogen. Gemäß IDW-Hinweis vom 27.10.2022 zur handelsrechtlichen Bewertung von Kapitalanlagen bei Versicherungsunternehmen nach § 341b HGB gilt diese bonitätsorientierte Vorgehensweise auch im Rahmen der Durchschau in Fonds mit stiller Last für die darin enthaltenen Schuldtitel. Wertänderungen festverzinslicher Schuldtitel allein aufgrund von Änderungen des allgemeinen Marktzinsniveaus sind demnach grundsätzlich kein Indikator für eine voraussichtlich dauernde Wertminderung von Schuldtiteln, für welche die Absicht und die objektiven Voraussetzungen bestehen, sie bis zur Endfälligkeit zu halten.

Namensschuldverschreibungen nach § 341c Abs. 1 HGB wurden mit dem Nennwert bilanziert, der grundsätzlich den Anschaffungskosten entspricht. Schuldscheinforderungen und Darlehen nach § 341c Abs. 3 HGB und Darlehen wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Sofern die Anschaffungskosten vom Nennwert abweichen, wird die Differenz entsprechend der Effektivzinsmethode amortisiert.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sowie sonstige Forderungen wurden zum Nennwert bilanziert.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand sind zum Nominalwert angesetzt.

Die Rechnungsabgrenzungsposten für Zinsen und Mieten und für sonstige Rechnungsabgrenzungen wurden mit dem Nominalwert angesetzt.

Die Berechnung der Deckungsrückstellung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf Basis des technischen Geschäftsplans. Bei den bis zum 20.12.2012 abgeschlossenen Tarifen werden die „Richttafeln 2005 G“ von Klaus Heubeck und ein Rechnungszins von 2,25 % bzw. 1,75 % (bei freiwilligem Vorziehen der beschlossenen Rechnungszinsabsenkung) zugrunde gelegt. Dabei wurden in allen Tarifen die Rentnersterblichkeiten für Männer mit 65 % und für Frauen mit 75 % der ursprünglichen Richttafelwerte angesetzt. Für Verträge, die zwischen dem 21.12.2012 und 31.12.2020 abgeschlossen wurden, werden in allen Tarifgruppen sowohl die Beiträge als auch die Deckungsrückstellung mit Unisex-Rechnungsgrundlagen auf Grundlage der o. g. Biometrie und der kassenspezifischen Geschlechtermischung mit einem Rechnungszins von 1,75 % ermittelt. Für Neuverträge ab 2021 gilt ein Rechnungszins von 0,00 %.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde bezogen auf den Einzelfall auf Basis der Meldungen der Mitglieder gebildet. Für nach dem Stichtag bis zum 18.01.2023 bekannt gewordene Schadenfälle, die das Geschäftsjahr betreffen, wurde eine Spätschadenrückstellung gebildet. Diese umfasst neben den nachzuzahlenden Renten auch die notwendige Auffüllung der Deckungsrückstellung. Darüber hinaus wurde eine Spätschadenrückstellung für noch später im Jahr bekanntwerdende Leistungsfälle aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre gebildet.

Die Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung (RfB) wird mit den Teilen des Jahresergebnisses gefüllt, welche nicht zur Eigenkapitalstärkung oder zur Vorfinanzierung von Rechnungszinsabsenkungen benötigt werden. Auszahlungen aus der RfB zur Beitragsrückerstattung bzw. Leistungserhöhung reduzieren diese. Die genaue Entwicklung ist in den Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung dargestellt.

Die Rückstellungen für arbeitgeberfinanzierte Pensionen wurden unter Berücksichtigung der Regelungen des BilMoG nach der „Projected Unit Credit“-Methode ermittelt. Der Berechnung wurde der von der Deutschen Bundesbank bekanntgegebene Rechnungszinsfuß von 1,78 % zum Stichtag 31.12.2022 zu Grunde gelegt. Die Berechnung erfolgte auf Basis der „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck. Bei der Berechnung wurde ein langfristiger Einkommenstrend von 2,5 % p. a. und ein Rententrend von 1,5 % p. a. unterstellt. Fluktuation wurde mit dienstjahresabhängigen Sätzen von 3,8 % im ersten Jahr bis 0,0 % bei langen Dienstzeiten angesetzt.

Für Bilanzstichtage nach dem 31.12.2015 verlangt der Gesetzgeber mit dem § 253 Abs. 6 HGB eine jährliche Doppelbewertung des Erfüllungsbetrages der Pensionsverpflichtungen – zum einen auf Basis des Zinssatzes mit dem durchschnittlichen Marktzins der letzten zehn Geschäftsjahre und zum anderen der letzten sieben Geschäftsjahre. Der Unterschiedsbetrag ist in jedem Jahr im Anhang darzustellen.

Der Zinssatz zur Abzinsung der Pensionsrückstellungen wird mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten 10 Jahre ermittelt. Dabei wird wie bisher die Restlaufzeit der Verpflichtung mit 15 Jahren angesetzt. Würde der durchschnittliche Marktzinssatzes nur über die letzten 7 Jahre ermittelt, ergäbe sich ein Zinssatz von 1,44 %.

Die Anwendung des Zinssatzes von 1,78 % führt gegenüber dem Zinssatz von 1,44 % zu einem um 167.348 Euro geringeren Rückstellungswert. Dieser Unterschiedsbetrag unterliegt nach § 253 Abs. 6 HGB einer Ausschüttungssperre.

Die Rückstellungen für arbeitnehmerfinanzierte Versicherungen, die im Rahmen der Höherversorgung zugesagt wurden, wurden entsprechend der Grundsätze für die Bewertung wertpapierbezogener Zusagen mit den o. g. Rechnungsgrundlagen für die Höherversorgung ermittelt.

Deckungsvermögen im Sinne der vorgenannten Rückdeckungsversicherungen sind gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert zu bewerten und mit den entsprechenden Altersversorgungsverpflichtungen zu verrechnen. Dabei wurden die ab Bilanzstichtag 31.12.2022 zwingend anzuwendenden Regelungen des Rechnungslegungshinweises IDW RH FAB 1.021 berücksichtigt.

Ergibt sich ein Verpflichtungsüberhang, wird dieser unter den Rückstellungen erfasst. Übersteigt der Wert des Deckungsvermögens die Verpflichtungen, erfolgt der Ausweis als „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ auf der Aktivseite der Bilanz. Per 31.12.2022 ist ein Verpflichtungsüberhang in den Rückstellungen zu berücksichtigen.

Sonstige Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages gebildet.

Andere Verbindlichkeiten sind zu Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Die Verteilung der Personal- und Sachaufwendungen auf die Funktionsbereiche erfolgt soweit möglich direkt. Nicht direkt zurechenbare Kosten wurden nach geeigneten Verteilungsschlüsseln auf die Funktionsbereiche Regulierung von Versicherungsfällen, Rückkäufen und

Rückgewährbeträgen, Abschluss von Versicherungsverträgen, Verwaltung von Versicherungsverträgen und Verwaltung von Kapitalanlagen aufgeteilt. Aufwendungen, die diesen Funktionsbereichen nicht zugeordnet werden konnten, wurden unter dem Posten „Sonstige Aufwendungen“ ausgewiesen sowie dem nichtversicherungstechnischen Bereich zugeordnet.

Erläuterungen zur Bilanz

Aktivseite

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sonstige Kapitalanlagen

Die Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände und der Sonstigen Kapitalanlagen ist auf Seite 35 dargestellt. Die Buch- und Zeitwerte der Sonstigen Kapitalanlagen, die dem Sicherungsvermögen der Kasse zugerechnet werden, ergeben sich gemäß der untenstehenden Tabelle. Zum Bilanzstichtag hält die bbp im freien Vermögen keine Bestände.

Kontogruppe	Buchwert in Mio. Euro	%	Marktwert in Mio. Euro	%	Bewertungs- reserven in Mio. Euro	% vom Buch- wert
Direktanlage Zinsträger	914,9	33,0	736,1	30,2	-178,8	-19,5
liquid Masterfonds bbp INKA	1.155,2	41,7	1.053,2	40,5	-102,0	-8,8
illiquid HI-bbp-Alternatives	702,2	25,3	760,3	29,3	58,2	8,3
Gesamt	2.772,2	100,0	2.597,6	100,0	-174,6	-6,3

Der Zeitwert des Masterfonds bbp INKA für liquide, börsengehandelte Wertpapiere wurde mit dem Rücknahmepreis zum Bilanzstichtag ermittelt, der Zeitwert für die nicht börsengehandelten Anteile an Investmentvermögen im HI-bbp-Alternatives-Fonds wurde zum Rücknahmepreis zum Bilanzstichtag errechnet, der Zeitwert der börsennotierten Inhaberschuldverschreibungen wurde aus dem Börsenkurs am Abschlussstichtag ermittelt, die Zeitwertermittlung für Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen erfolgt auf Basis unterlegter Zinsstrukturkurven, unter Berücksichtigung der Restlaufzeit und der Bonität des Emittenten mittels finanzmathematischer Bewertungsverfahren.

Im Bereich der Eigenanlagen in Zinsträger weist die überwiegende Anzahl der Positionen stille Lasten aus. Die Summe der stillen Lasten aus Inhaberschuldverschreibungen (Buchwert 179,9 Mio. Euro, Marktwert 158,8 Mio. Euro) und Namensschuldverschreibungen/ Schuldscheinen (Buchwert 691,7 Mio. Euro, Marktwert 537,2 Mio. Euro) liegt dabei bei 21,1 Mio. Euro bzw. 154,5 Mio. Euro. Diese stillen Lasten wurden durch stark gestiegene Marktzinsen verursacht. Die Kreditqualität hat sich nicht verändert. Eine Rückzahlung zu pari ist weiterhin wahrscheinlich und eine Abschreibung kann unterbleiben. Der Investmentprozess der bbp überwacht fortwährend die Bestände und bespricht Auffälligkeiten im Kreditkomitee. Zum Bilanzstichtag hält die Kasse zwei Vorkäufe im Bereich der Eigenanlagen in Zinsträger mit

einem Nennwert von 55,0 Mio. Euro. Die Kurswerte der Vorkäufe betragen 54,6 Mio. Euro. Beide Anleihen haben unveränderte Ratings bei A- bzw. AA+.

Der Masterfonds bbp INKA weist stille Lasten i.H. von 102,0 Mio. Euro nach Ausschüttung und Wiederanlage von 0 Mio. Euro für 2022 aus (Vorjahr: Reserve 4,1 Mio. Euro nach Ausschüttung). Die stille Last wurde nicht abgeschrieben, da diese als temporär angesehen und Wertaufholung angenommen wird. Eine frühere Wertaufholungssituation nach dem schlechten Kapitalmarktjahr 2018 fand bis 2021 bereits statt. Die aktuelle stille Last im Masterfonds entstand nach dem Negativtrend der Kapitalmärkte in 2022 ausgelöst durch einen historischen Zinssprung. Die bbp ist von der erneuten Wertaufholungsannahme überzeugt und sieht die stillen Lasten als nicht dauerhaft an. Der Masterfonds bbp INKA investiert in qualitative liquide Anlagen zur Abbildung der Strategischen Asset Allokation. Die Aktieninvestments werden in Namen der ersten Reihe mit indexnahen Anlagen investiert und weisen gute Dividendenrenditen sowie Bewertungen aus. Ca. 70 % der Anlagen im Masterfonds bbp INKA sind in Investment-Grade-Anleihen (Durchschnittsrating A) mit guten Kaufrenditen investiert. Das Durchschnittsrating dieser Anleihen hat sich im Krisenjahr 2022 gegenüber dem Vorjahr verbessert. Eine breite Streuung, selbst innerhalb der Assetklassen, sorgt für gute Diversifikationseffekte.

Der Wertpapierfonds bbp INKA ist ein Masterfonds, bestehend aus 12 Segmenten. Das Ziel des Fonds ist es, durch ausgewogene Gewichtung von Aktien und Renten kontinuierlich positive Renditen zu erwirtschaften. Zum Stichtag 31.12.2022 ergibt sich folgende Zusammensetzung mit Zeitwerten:

Segment	Gewicht	Benchmark
Aktien	19,9 %	
davon	58,4 %	60 % STOXX Europe 600 (net) 40 % MSCI World (net)
davon	41,6 %	35 % MSCI Emerging Markets (gross) 35 % MSCI Europe (gross) 30 % DAX (net)
Absolute Return	8,6 %	
davon	100,0 %	100 % ECB Euro Short-term Rate (ESTR) +250 BP
Global Convertible	7,8 %	
davon	100,0 %	100 % Refinitiv CB Global Focus Investment Grade
Renten Gov	26,4 %	
davon	25,4 %	30 % iBoxx Euro Sovereign 7-10 Yrs 30 % iBoxx Euro Sovereigns
davon	5,0 %	100 % Benchmark neutral gestellt
davon	69,6 %	Basisportfolio Renten
Renten Credit	18,2 %	
davon	70,8 %	70 % iBoxx Euro Corporates 30 % iBoxx Euro Corporates Subordinate
davon	29,2 %	100 % iBoxx Euro Corporates

Renten Emerging Markets	15,6 %	
davon	53,7 %	85 % JPM EMBI Global Diversified 15 % JPM GBI-EM Global Diversified
davon	46,3 %	70 % JPM EMBI Global Diversified 30 % JPM GBI-EM Global Diversified
Overlay	3,4 %	

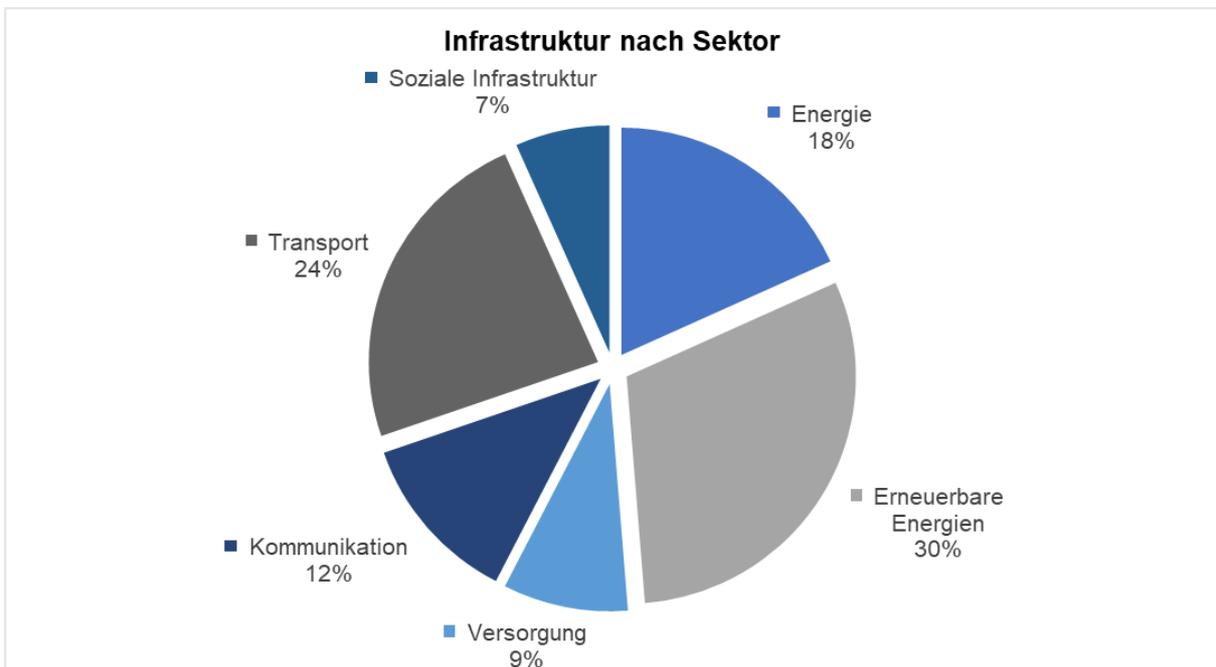
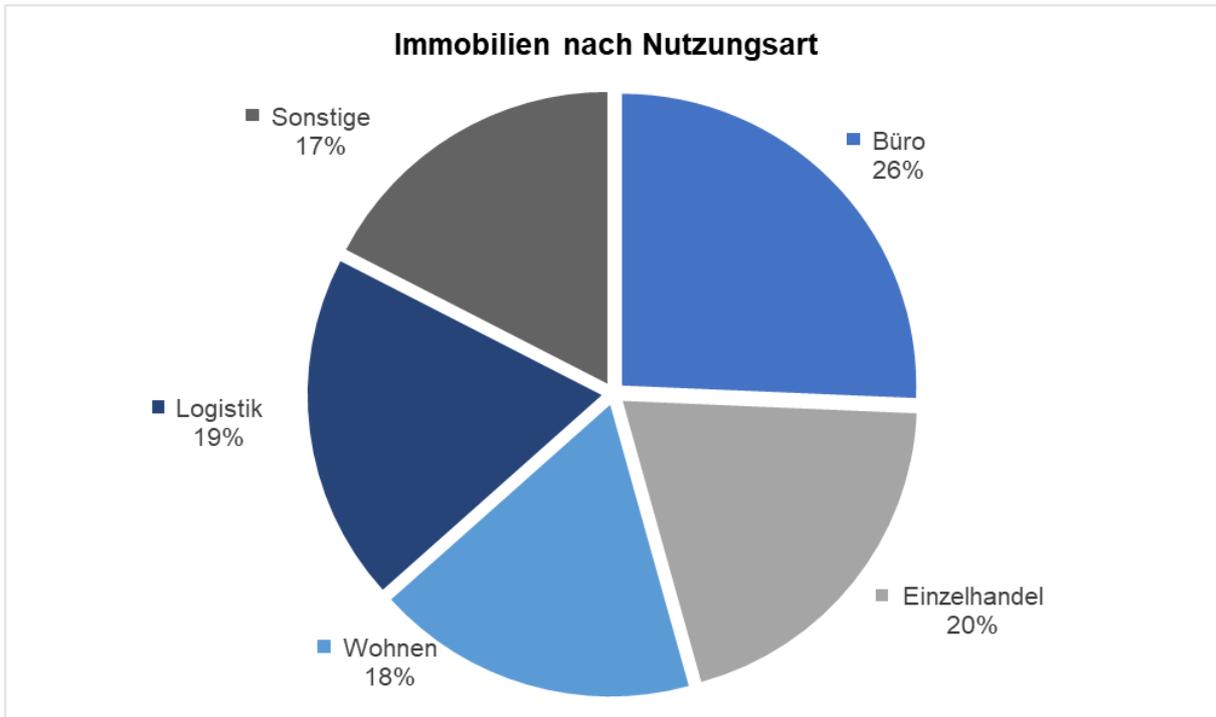
Insgesamt besteht der Fonds zu ca. 68,0 % aus Renteninvestments samt Wandelanleihen. Absolute-Return- mit Volatilitäts-Investments summieren sich auf 8,6 %. Aktieninvestments betragen 19,9 %. Im Jahr 2022 wurde keine Ausschüttung aus dem Fonds durchgeführt. Anteile des Masterfonds bbp INKA können täglich zurückgegeben werden.

Der HI-bbp-Alternatives-Fonds ist ein Dachfonds, bestehend aus mehreren Zielfonds. Das Ziel des Fonds ist es, die Immobilieninvestments und auch die Infrastruktur-Investments der Kasse zu bündeln und dadurch kontinuierlich positive Renditen zu erwirtschaften. Der Fonds ist über die verschiedenen Nutzungsarten diversifiziert. Für 2022 erfolgte eine Ausschüttung mit Wiederanlage von 24,8 Mio. Euro. Die Reserven zum Jahresultimo 2022 belaufen sich auf 58,2 Mio. Euro nach Ausschüttung. Anteile des Masterfonds HI-bbp-Alternatives können täglich zurückgegeben werden.

Portfolio Allokation im HI-bbp-Alternatives

Assetklasse	Marktwert in Mio. Euro	% Marktwert
Immobilien	554,3	72,9%
Infrastruktur	129,1	17,0%
Private Debt	57,3	7,5%
Kasse	19,5	2,6%
Sonstige	0,1	0,0%
Summe	760,3	100,0%

Streuung innerhalb der Assetklassen Immobilien und Infrastruktur:



Der Fonds wurde im Dezember 2013 eingeführt und im Laufe der folgenden Jahre stark vergrößert und diversifiziert.

Forderungen

Die Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern beinhalten Beitragsforderungen aus der Grundversorgung (VTV) in Höhe von 5.274.850,21 Euro (Vorjahr: 4.299.989,29 Euro) sowie kleinere Forderungen aus anderen Tarifen.

Sonstige Forderungen aus Steuern sind in Höhe von 24.269,93 Euro (Vorjahr: 24.143,90 Euro) angefallen. Die Sonstigen Forderungen enthalten keine Forderungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr.

Rechnungsabgrenzungsposten der Aktivseite

Der Rechnungsabgrenzungsposten „Abgegrenzte Zinsen und Mieten“ enthält ausschließlich noch nicht fällige Zinsen aus Kapitalanlagen.

Passivseite

Gründungsstock

Der Gründungsstock hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht erhöht. Der Gründungsstock wird jeweils mit dem zum 31.12. letztgültigen Nominalzins von Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren verzinst, sofern dieser Zinssatz positiv ist.

Verlustrücklage

Die Verlustrücklage konnte mittels Zuführung des erwirtschafteten Jahresüberschusses im Vergleich zum Vorjahr um 15.707.278,86 Euro auf 132.885.332,82 Euro erhöht werden (Vorjahr: Zuführung 14.538.957,56 Euro).

Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung ist für die Leistungsverpflichtung in Höhe ihres Wertes einschließlich bereits zugeteilter versicherungsmathematisch errechneter Überschussanteile und nach Abzug des versicherungsmathematisch ermittelten Barwertes der künftigen Beiträge ermittelt (prospektive Methode). Sie beträgt 2.562.717.020,07 Euro zum 31.12.2022. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus einem geschäftsplanmäßig ermittelten Betrag in Höhe von 2.559.850.028,61 Euro und einer pauschalen Zusatzreserve in Höhe von 2.866.991,46 Euro für die noch ausstehende Absenkung des Rechnungszinses. Eine Aufteilung des geschäftsplanmäßig ermittelten Betrages auf die einzelnen Tarifgruppen ist im Lagebericht aufgeführt.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle beinhaltet in Bearbeitung befindliche Leistungsfälle in Höhe von 2.558.068,95 Euro sowie noch auszuzahlende Abfindungen in Höhe von 1.813.912,35 Euro und Rückgewährbeiträge in Höhe von 7.123,15 Euro.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung (RfB)

Per 31.12.2022 wurde eine Zuführung zur RfB in Höhe von 2.703.983,67 Euro vorgenommen.

Die Entwicklung der Rückstellung stellt sich daher im Geschäftsjahr wie folgt dar (alle Werte in Euro):

RfB zum 31.12.2021	Entnahme in 2022	Zuführung zum 31.12.2022	RfB zum 31.12.2022
612.611,06	417.098,48	2.703.983,67	2.899.496,25

Andere RückstellungenI. Rückstellungen für Pensionen und andere Verpflichtungen

Die Gesellschaft gewährt ihren Mitarbeitern Pensionszusagen. Zum Bilanzstichtag beträgt der Rückstellungswert für die Pensionszusagen 2.250.594,63 Euro, davon sind 1.996.311,07 Euro arbeitgeberfinanziert. Auf ehemalige Organmitglieder und deren Hinterbliebene entfallen 160.634,81 Euro der gebildeten Pensionsrückstellungen. Weiterhin wurden noch nicht in Zusagen umgewandelte Entgeltumwandlungsbeträge in Höhe von 99.298,68 Euro als Rückstellung eingestellt.

Darüber hinaus bestehen arbeitnehmerfinanzierte Zusagen. Zur Erfüllung von Verpflichtungen aus der Altersversorgung der Mitarbeiter im Rahmen der Höherversicherung bestehen Rückdeckungsversicherungen beim DEBEKA Lebensversicherungsverein a. G. Dieses Vermögen ist durch rechtliche Gestaltung im Insolvenzfall dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen und dient ausschließlich der Erfüllung der entsprechenden Altersversorgungsverpflichtungen.

Das Deckungsvermögen aus den abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen wird wie folgt mit dem Erfüllungsbetrag aus den Verpflichtungen saldiert:

	Euro
Erfüllungsbetrag der Verpflichtungen aus Altersversorgung	281.688,00
Beizulegender Zeitwert des beim DEBEKA Lebensversicherungsverein a. G. angelegten Deckungsvermögens	218.440,00
Pensionsrückstellung per 31.12.2022	63.248,00

Für die Bilanzstichtage ab 31.12.2022 werden die Regelungen des Rechnungslegungshinweises IDW RH FAB 1.021 vom 30. April 2021 und die Ausführungen der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) vom 26. April 2022 im Ergebnisbericht des Fachausschusses Altersversorgung zur aktuariellen Umsetzung des vorstehenden RH berücksichtigt.

Den Ergebnissen der Gutachten im Rahmen der DEBEKA Lebensversicherungsverein a. G. liegt das Aktivprimat und die Bruttomethode zugrunde. Die aus dem Deckungsvermögen resultierenden Erträge und die Verrechnung mit den Zinsaufwendungen der korrespondierenden Erfüllungsbeträge der Pensionsrückstellungen im Geschäftsjahr 2022 sind nachstehend aufgeführt:

	Euro
Nettoertrag des Deckungsvermögens	7.522,00
Zinsaufwand aus der Verpflichtung	5.508,00
Erfolgswirksam aus der Änderung des Diskontierungszinssatzes	7.046,00
Netto-Zinsaufwand	5.032,00

Der verbleibende Aufwand von 5.032,00 Euro ist in der GuV im Sonstigen Ergebnis enthalten.

II. Sonstige Rückstellungen

Dieser Posten enthält im Wesentlichen Rückstellungen für interne und externe Kosten der Jahresabschlusserstellung, Prüfungsgebühren, aktuarielle Dienstleistungen und steuerliche Beratung.

Andere Verbindlichkeiten

Dieser Posten enthält keine Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Die Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern umfassen vor allem Verbindlichkeiten aus Beiträgen von Versicherungsnehmern für die Höherversorgung in Höhe von 10.069.723,35 Euro (Vorjahr: 10.419.425,79 Euro) sowie Verbindlichkeiten aus Beiträgen von Versicherungsnehmern in der Grundversorgung in Höhe von 3.022.067,71 Euro (Vorjahr: 668.067,53).

Die Sonstigen Verbindlichkeiten enthalten vor allem Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von 118.529,84 Euro (Vorjahr: 105.338,76 Euro) sowie Zinsverbindlichkeiten für die im Jahr 2022 wieder zu erfüllende Gründungsstockverzinsung in Höhe von 2.074.206,67 (Vorjahr: 0 Euro).

Entwicklung der Aktivposten A und B im Geschäftsjahr 2022

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Abgänge	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	1,0	0,3	0	0,2	1,1
B. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.681,3	178,8	2,8	0,0	1.857,4
2. Inhaberschuldverschreibungen	232,3	30,9	40,1	0,0	223,1
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	415,4	111,8	0,0	0,0	527,3
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	153,0	20,5	9,0	0,0	164,5
4. Einlagen bei Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe B.	2.482,1	342,0	51,9	0,0	2.772,2
Gesamtsumme	2.482,1	342,3	51,9	0,2	2.773,3

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Verdiente Beiträge für eigene Rechnung

Die gebuchten Bruttobeiträge entsprechen den verdienten Beiträgen für eigene Rechnung. Sie gliedern sich in Einmalbeiträge in Höhe von 27.416.927,56 Euro (Vorjahr: 25.213.367,55 Euro) und laufende Beiträge in Höhe von 240.127.089,62 Euro (Vorjahr: 208.666.205,11 Euro). Alle Beiträge stammen aus Pensionsversicherungen im Rahmen von Kollektivverträgen.

Beiträge aus Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Im Geschäftsjahr 2022 wurden zur Leistungserhöhung 323.309,83 Euro in Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung gebucht (Vorjahr: 200.029,32 Euro).

Erträge aus Kapitalanlagen

Die Erträge aus Kapitalanlagen setzen sich folgendermaßen zusammen:

Mio. Euro	2020	2021	2022
Zinserträge Direktanlage	19,3	21,3	25,5
Erträge Masterfonds bbp INKA	23,0	15,0	0,0
Erträge HI-bbp-Alternatives	9,0	15,2	24,8
Ergebnis aus dem Abgang von Kapitalanlagen	2,8	-0,2	1,0
Gesamt	54,2	51,3	51,4

Sonstige Erträge

Dieser Posten beinhaltet im Wesentlichen Erträge aus erbrachten Dienstleistungen, sonstige Zinsen und Erträge aus der Auflösung von sonstigen Rückstellungen.

Sonstige Aufwendungen

Für steuerliche Beratungsdienstleistungen entstand ein Gesamtaufwand von 35.048,48 Euro (Vorjahr: 25.246,85 Euro).

Daneben sind weitere Aufwendungen, die den Funktionsbereichen nicht zugeordnet werden konnten, in den sonstigen Aufwendungen berücksichtigt.

Zusammensetzung der Personal-Aufwendungen gemäß § 51 Abs. 5 RechVersV:

In Mio. Euro		2020	2021	2022
1.	Löhne und Gehälter	1,9	2,3	2,6
2.	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	0,3	0,4	0,4
3.	Aufwendungen für Altersversorgung	0,3	0,4	0,3
4.	Aufwendungen insgesamt	2,5	3,0	3,3

Sonstige Angaben

Angaben gemäß § 268 Abs. 7 HGB

Die Eventualverbindlichkeiten aus noch nicht abgerufenen Zusagen an Investmentfonds und Andienungsrechten aus Multitranchen stellen aufgrund der Liquiditätssituation der Kasse keine Beeinträchtigung der Risikosituation dar. Dabei sind die Abrufe für die Investmentfonds als sehr wahrscheinlich und die Andienungen aus den Multitranchen aktuell als wahrscheinlich anzusehen. Getätigte Vorkäufe sind mit der Absicht versehen, diese in 2023 in das Anlagevermögen zu übernehmen.

Eventualverbindlichkeiten	Mio. Euro
Commitments HI-bbp-Alternatives	123,8
Multitranchen - mögliche Andienungen	187,5
Vorkäufe	54,6
Gesamt	365,9

Aufwendungen der Jahresabschlussprüfung

Aufwendungen der Jahresabschlussprüfung fallen in Höhe von 42.000,00 Euro (Vorjahr: 40.450,00 Euro) an. Dieser Betrag entfällt ausschließlich auf Aufwendungen gemäß § 285 Abs. 17 a) HGB.

Anzahl der Beschäftigten

Neben dem Vorstand waren im abgelaufenen Geschäftsjahr 31 weitere Personen, davon fünf in Teilzeit, (Vorjahr: 29 weitere Personen, davon vier in Teilzeit) beschäftigt.

Bezüge für Organmitglieder

Auf eine Veröffentlichung der Vorstandsgehälter und auf die Angabe der Bezüge ehemaliger Organe wird nach § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten keine Vergütung.

Vorsitzende der Vertreterversammlung

Jan Büttner	Vorsitzender
Thorsten Albrecht	Stellvertretender Vorsitzender
David Jacobs	Stellvertretender Vorsitzender

Aufsichtsrat

Dr. Katrin Vernau	Verwaltungsdirektorin (WDR, Vorsitzende vom 07.10.2021-19.09.2022), Amtsniederlegung als Vorsitzende und als AR-Mitglied zum 19.09.2022.
Jan Schrader	Abteilungsleiter Finanzen u. Allg. Verwaltung (Radio Bremen, Vorsitzender ab 27.09.2022)
Tobias Bossert	Dipl.-Physiker (Pensionär, stellv. Vorsitzender vom 07.10.2021-19.09.2022 und ab 27.09.2022, Vorsitzender vom 19.-27.09.2022).
Norbert Illes	Redakteur (NDR)
Ralf Ludwig	Verwaltungsdirektor (MDR)
Claus Schillmann	Geschäftsführer (SWR Media Services GmbH) Amtsniederlegung als AR-Mitglied zum 30.11.2022.

Vorstand

Hartmut Thiel	Vorstand bis 31.05.2022
Martin Kummer	Vorstand ab 01.06.2022
Gerhard Monsberger	Vorstand

Treuhänder

Reinhold Hiss	Treuhänder
Stephan Müller	Stellvertretender Treuhänder

Verantwortliche Aktuarin

Katrin Burchhardt	Verantwortliche Aktuarin
-------------------	--------------------------

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Kasse nachhaltig beeinflussen würden.

Baden-Baden, 07.03.2023

Baden-Badener Pensionskasse VVaG

Der Vorstand



Monsberger



Kummer

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Baden-Badener Pensionskasse VVaG, Baden-Baden

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Baden-Badener Pensionskasse VVaG, Baden-Baden, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Baden-Badener Pensionskasse VVaG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat. "

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen

und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den

gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Frankfurt am Main, den 21. April 2023

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Christian Sack
Wirtschaftsprüfer

Sandro Trischmann
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats an die Vertreterversammlung über das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts der Baden-Badener Pensionskasse VVaG zum 31.12.2022 sowie des Vorschlages des Vorstands zur Verwendung des Überschusses

Die Überwachung und Beratung der Geschäftsführung durch den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2022 hat im Rahmen der Aufsichtsratssitzungen am 05.05.2022, am 30.06.2022, am 27.09.2022, am 02.12.2022 und am 09.05.2023 stattgefunden. Darüber hinaus wurde der Aufsichtsrat auch zwischen den Sitzungen über verschiedene aktuelle Themen der Kasse informiert.

Im Rahmen seiner Kontrollfunktion hat der Aufsichtsrat sich auch mit dem Internen Kontrollsystem befasst und dazu auch die jährlichen Revisionsberichte beraten. Im abgelaufenen Jahr wurden Berichte zu den Themen „Versicherungsmathematik“ sowie „Kapitalanlagen“, „Internes Kontrollsystem (IKS)“ und „Risikomanagement“ erstellt. Alle Prüfungen wurden durch die axis advisory + audit GmbH durchgeführt. Es gab keine kritischen Feststellungen.

Nachdem der Rechnungszinssatz im Altbestand bereits im Geschäftsjahr 2021 von 2,75 % auf 2,25 % vorzeitig abgesenkt wurde, wird auf Basis der Gremienbeschlüsse eine weitere Absenkung auf 1,75 % zum 01.01.2025 erfolgen. Mit Blick auf die weitere Stärkung der Risikotragfähigkeit der bbp sowie unter Berücksichtigung des negativen Einflusses der schwierigen Kapitalmarktentwicklung im Jahr 2022 hat sich der Aufsichtsrat mit zusätzlichen Stärkungsmaßnahmen befasst und diese gemeinsam mit dem Vorstand in der Vertreterversammlung vorgestellt und beraten. Die von den Mitgliedern favorisierten Stärkungsmaßnahmen wurden anschließend umgesetzt. Im Ergebnis haben sich mehrere Mitglieder für eine freiwillige Vorziehung der Rechnungszinsabsenkung im VTV auf 1,75 % bereits zum 01.10.2022 entschieden. Hierdurch sinkt die passivseitige Zinsanforderung entsprechend schneller und die bilanzielle Stabilität konnte damit im Krisenjahr 2022 deutlich verbessert werden. Zudem haben alle Trägerunternehmen eine Patronatserklärung gegenüber der bbp abgegeben, was die Kasse zusätzlich deutlich stärkt und auch für die Zukunft ein enges gemeinsames Zusammenstehen der Mitglieder signalisiert.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und Lagebericht zum 31.12.2022 vom 07.03.2023 und den Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers PwC vom 21.04.2023 geprüft.

Im Geschäftsjahr 2022 ist nach Dotierung einer pauschalen Zusatzreserve ein Rohüberschuss nach Steuern von 18.411.262,53 Euro entstanden. Dem Vorschlag des Vorstandes folgend, hat der Aufsichtsrat zugestimmt, dass eine Zuführung in Höhe von 2.703.983,67 Euro in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung vorgenommen werden soll. Der übrige Betrag soll zur Sicherstellung der Solvabilität der Kasse in Höhe von 15.707.278,86 Euro der Verlustrücklage zugeführt werden.

Der Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfer von PwC zum Jahresabschluss und Lagebericht zum 31.12.2022 hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfungen stimmt der Aufsichtsrat dem Jahresabschluss, dem Lagebericht und dem Vorschlag zur Verwendung des Überschusses zu und billigt den vom Vorstand zum 31.12.2022 aufgestellten Jahresabschluss.

Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der Vertreterversammlung zu empfehlen, den Jahresabschluss zum 31.12.2022 in der vorliegenden Form festzustellen und den Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Überschusses zu beschließen.

Die bbb wurde im Jahr 2022 durch den starken Zinsanstieg und den allgemeinen Negativtrend an den Kapitalmärkten in der Risikotragfähigkeit geschwächt. Gleichzeitig konnte die Kasse durch die teilweise vorgezogene Rechnungszinsabsenkung passivseitig entlastet werden. Ebenso wirkt sich die Abgabe der Patronatserklärung durch alle Mitgliedsunternehmen stabilisierend aus. Gleichwohl bleibt die bbb auf Grund ihrer weiterhin nur geringen Kapitaldecke sensibel gegenüber Zinsänderungsrisiken und sonstigen Marktschwankungen. Das neue, erhöhte Zinsniveau ist für die weiterhin stark wachsende Kasse eine sehr gute Grundlage, um den vorhandenen stillen Lasten des schlechten Kapitalmarktjahres 2022 ausgleichend entgegenzuwirken.

Auch die BaFin hat die verbesserte Lage nach den Eigenkapital und Rechnungsgrundlagen stärkenden Maßnahmen durch die Mitgliedsunternehmen anerkannt. So hat die BaFin der Gesellschaft mit Schreiben vom 16.03.2022 mitgeteilt, dass sie bis auf Weiteres aus der intensivierten Aufsicht, in die sie am 12.04.2021 geraten war, entlassen wird. In den Prozess der intensivierten Aufsicht war der Aufsichtsrat direkt einbezogen und hatte auch eigene Stellungnahmen an die BaFin verfasst.

Hinsichtlich der Verantwortlichkeiten im Aufsichtsrat kam es im Jahr 2022 zu einem unplanmäßigen Wechsel des Vorsitizes. Im Zusammenhang mit ihrer Ernennung als Interims-Intendantin beim rbb legte Frau Dr. Katrin Vernau ihr Mandat als Mitglied im Aufsichtsrat der bbb zum 19.09.2022 nieder. Bis zum 19.09.2022 war Frau Dr. Katrin Vernau Vorsitzende des Aufsichtsrats, dieses Amt endete somit ebenfalls. Im Übergangszeitraum 17.09.-27.09.2022 hatte anschließend der gewählte Stellvertreter Herr Tobias Bossert den Vorsitz im Aufsichtsrat inne. Zum 27.09.2022 hat nach erfolgter Neuwahl Herr Jan Schrader den Vorsitz übernommen. Die Wechsel verliefen reibungslos. Zum 30.11.2022 ist zudem Herr Claus Schillmann aus dem Aufsichtsrat der bbb ausgeschieden, der an diesem Tage seinen Abschied aus dem aktiven Berufsleben feiern durfte. Die beiden vakanten Positionen im Aufsichtsrat sollen im Frühjahr 2023 im Rahmen einer außerordentlichen Vertreterversammlung der bbb nachbesetzt werden.

Das langjährige Vorstandsmitglied Hartmut Thiel ist zum 31.05.2022 in den verdienten Ruhestand gegangen. Für die Nachbesetzung hatte der Aufsichtsrat Herrn Martin Kummer vorgeschlagen, welcher am 03.02.2022 auch einstimmig durch die Vertreterversammlung bestellt wurde. Der Vertrag von Herrn Gerhard Monsberger war auf Vorschlag des Aufsichtsrats bereits in der Vertreterversammlung am 02.12.2021 verlängert worden.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung dem Vorstand für das abgelaufene Geschäftsjahr 2022 Entlastung zu erteilen.

Baden-Baden, den 09.05.2023

Der Aufsichtsrat



Jan Schrader
(Vorsitzender des Aufsichtsrats
ab dem 27.09.2022)



Tobias Bossert
(stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats)



Norbert Illes



Ralf Ludwig



Thomas Schelberg



Stefanie Drinhausen